

## CH\_VB 20019980 vom 13. Juni 1991

Bundesverwaltung, 1991-06-13, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_\\_td\\_class\\_\\_metadataCell\\_\\_20019980\\_\\_td\\_\\_](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20019980__td__)

FR: CH\_VB 20019980 du 13 juin 1991

IT: CH\_VB 20019980 del 13 giugno 1991

### Erwägungen

#### E. 13

Juni 1991 1069 Geschäftsbericht des Bundesrates 1990 Ich beantrage Ihnen ferner, vom Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen über die Inspektionen und Aufsichtseingaben im Jahre 1990 Kenntnis zu nehmen. Rychen: Wir haben in der SVP den Eindruck, dass die Geschäftsberichte des Bundesrates, auch der diesjährige, in der Regel eher lustlos gelesen werden - wenn sie überhaupt gelesen werden. Ich habe dazu eine Feststellung und eine Vermutung: Es handelt sich dabei für beide Seiten, sowohl für die Regierung als auch für das Parlament, offenbar eher um eine Pflichtübung denn um eine lustvolle politische Beschäftigung. Ich glaube heute - nach dreieinhalb Jahren Parlamentstätigkeit-, dass der Geschäftsbericht mit wenig Motivation verfasst wird. Deshalb, Herr Bundespräsident, möchte ich Ihnen folgende Frage stellen - vielleicht schreibt sie der Herr Bundeskanzler auf und gibt sie nachher dem Bundespräsidenten weiter: Wie ist diesbezüglich die Stimmung in den Bundesämtern, in den Departementen und beim Bundesrat; welcher Stellenwert hat dieser Bericht innerhalb der Verwaltung? Ich habe auch noch eine Frage und einen Wunsch an den Bundesrat: Dieser Bericht scheint mir an sich gut zu sein, für mich ist er lesenswert. Nichtsdestoweniger drängt sich die Frage auf, ob man ihn nicht noch etwas problemorientierter gestalten könnte. Wäre es nicht zweckmässig, wenn der Bundesrat Mängel wie z. B. Vollzugsprobleme, die er in der Verwaltung feststellt, aufzeigte und so den Soll-Zustand im Verhältnis zum Ist-Zustand herauskristallisierte? Der Bericht würde damit zu einem Arbeitsinstrument und so auch für das Parlament interessanter. Er soll aber nicht nur interessanter sein, sondern auch mehr Nutzen bringen. Wissenswert wäre, welche Ueberlegungen Sie sich dazu machen. Etwas anderes: Die Geschäftsprüfungskommission hat beschlossen, ihre Aufgabe, ihre Arbeitsweise und ihren Stil zu überprüfen. Ich fände es zweckmässig, wenn sie sich auch kritisch mit der Frage auseinandersetzte, ob sie eigentlich das Richtige, das Effiziente, das Nötige tue. Ich hoffe, dass wirklich etwas herauskommt. Ich möchte nicht länger werden und zum Schluss noch danken. In der heutigen Zeit ist es ja in der Politik so, dass vor allem jene, die die exekutive Verantwortung tragen, viel Kritik einstecken müssen. Es ist daher am Platz, Ihnen Herr Bundespräsident, auch einmal zuhänden der gesamten Beamenschaft zu danken. Es wird grosse Arbeit geleistet. Sie darf gewürdigt werden und verdient unseren Dank. Frau Leutenegger Oberholzer: Da wir uns dem Ende der Legislaturperiode 1987-1991 nähern, nimmt die grüne Fraktion den Geschäftsbericht zum Anlass für einen kurzen Rückblick auf das Legislaturprogramm. Dabei möchten wir uns auf folgende Bereiche beschränken: erstens auf die Frage des qualitativen Wachstums und zweitens auf die Durchsetzung der Gleichstellung der Frau. Der Bundesrat hatte seinem Legislaturprogramm als Leitlinie das qualitative Wachstum zugrunde gelegt. Alle Fraktionen hatten sich seinerzeit lobend dazu geäußert, wohl deshalb, weil sich jede Fraktion etwas anderes darunter vorstellen konnte. Persönlich hatte ich immer Mühe mit

diesem Begriff, denn er droht zur Leerformel zu werden, zur unverbindlichen Sprachhülle. Immerhin impliziert er aber doch eine Hebung des allgemeinen Wohlstandes bei reduziertem oder zumindest gleichbleibendem Ressourceneinsatz und bei gleichbleibender oder verringerter Umweltbelastung. Wenn wir uns nun die Politik des Bundesrates vor Augen führen, so ist der Begriff tatsächlich zur Leerformel verkommen. Wir konnten das qualitative Wachstum in keiner Vorlage wiedererkennen. Lieber blosses Lippenbekenntnisse sind wir nicht hinausgekommen. So wird z. B. der Strassenbau weitergeführt, obwohl wir wissen, dass jeder Quadratmeter Strasse zusätzlichen Verkehr und entsprechende Emissionen nach sich zieht. Mobilitätsfördernde Grossprojekte wie die Neat werden forciert. Projekte mit starken negativen Umweltfolgen wie die Flughafenausbauten in Basel und Genf werden vom Bund mit billigen Geldern subventioniert, damit werden völlig verfehlte ökonomische Anreize gegeben. Das Strassengesetz wurde revidiert, damit auf dem ganzen Strassennetz breitere Lastwagen fahren können. Im Gewässerschutz und in der Agrarpolitik setzen sich die wirtschaftlichen Interessenvertreter und nicht etwa die ökologischen Notwendigkeiten durch. Das Raumplanungsgesetz wird blockiert. - Sagen Sie mir, meine Damen und Herren: Wo können Sie hier den Aspekt des qualitativen Wachstums erblicken? Ich wage zu behaupten, dass sich trotz gewisser Fortschritte in der Umweltpolitik für weite Teile der Bevölkerung die Lebensqualität in den letzten Jahren weiter verschlechtert hat. Ein Drittel der Bevölkerung leidet unter Lärmimmissionen, einer der Hauptverursacher ist der Verkehr. Im Umweltschutzbereich stehen wir vor einem eigentlichen Vollzugsnotstand. Viele Leute leiden unter Atemwegserkrankungen, doch von einer Durchsetzung der Luftreinhalteverordnung sind wir noch weit entfernt. Durch den hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoss und andere Gase wird die Erde zum Treibhaus. Die Folgen sind unabsehbar, aber Gegenmassnahmen noch kaum sichtbar. Jede Sekunde verschwindet ein Quadratmeter Kulturland in der Schweiz. Schätzungen zufolge belaufen sich die Umweltschäden in der ganzen Schweiz auf mindestens 10 bis 20 Milliarden Franken pro Jahr. Die grössten Umweltbelastungen resultieren dabei aus dem Verkehr und der Energie. Auch in der Energiepolitik ist es nicht gelungen, einschneidende Sparmassnahmen einzuleiten. Zum Teil ist allerdings nicht allein der Bundesrat, sondern ebenso sehr die bürgerliche Ratsmehrheit daran schuld. Trotz des hohen Niveaus des Energieverbrauchs wird in der Schweiz im Durchschnitt der letzten 10 Jahre jedes Jahr 1,3 Prozent mehr Energie verbraucht. Und wenn wir 1990 den Verbrauch stabilisieren konnten, so ist das nicht etwa auf eine vernünftige Politik zurückzuführen, sondern einzig auf den warmen Winter, denn allein der Treibstoffverbrauch hat auch im letzten Jahr noch um über 5 Prozent zugenommen. Wenn wir heute eine Energiesparpolitik einleiten, so ist auch dies nicht etwa das Verdienst der offiziellen Politik, sondern dasjenige der Bevölkerung, die im September 1990 der Moratoriumsinitiative zugestimmt hat. Ich hoffe aber, dass auch der Bundesrat endlich einsieht, dass wir vor einem eigentlichen Notstand stehen und dass mit blossen Lippenbekenntnissen nichts mehr zu machen ist. Wir müssen endlich eine rigorose Energiesparpolitik durchsetzen. Die Oekologisierung der Wirtschaft muss ein erstrangiges Ziel der Politik werden, und dies wird allein mit Verboten und Geboten nicht durchzusetzen sein. Die grüne Fraktion erachtet die Einführung von Umweltabgaben als vordringlich. Bislang war aber ausser lauen Absichtserklärungen wenig zu sehen. Die Bundesratsparteien haben der Bevölkerung eine Bundesfinanzreform nach traditionellem Muster vorgelegt. Die Ablehnung der Finanzvorlage durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger muss nun als Chance verstanden werden. Sie hat uns den Weg zur Einfüh-

rung einer ökologischen Steuerreform geebnet. Wir erwarten deshalb vom Bundesrat, dass er die Chance zur Einführung einer Energie- und einer Ressourcensteuer nutzt. Wir möchten in diesem Sinne den Bundesrat auch in seiner Absicht unterstützen, so rasch als möglich eine CGyAbgabe einzuführen und den Oekobonus in die Tat umzusetzen. Beide Massnahmen sollten in ein finanzpolitisches Gesamtpaket mit ökologischer Stossrichtung eingebunden werden. Denn gerade der Staat muss durch sein Abgabensystem für den dringend nötigen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft die richtigen finanziellen Impulse geben. Ich komme nun zur Gleichstellungspolitik. Morgen, am

#### **E. 14**

November 1990 hatte er sich ausdrücklich für die Ausfuhr von Kriegsmaterial in die Türkei entschieden. Die GPK bekräftigt nach wie vor ihre Haltung, dass allein schon die Menschenrechtssituation in der Türkei gemäss Artikel 11 Absatz 2 des Kriegsmaterialgesetzes Ausfuhrbewilligungen nicht gestattet. Im übrigen ist die GPK der Auffassung, dass die Ausfuhr von chemischen Substanzen total verboten werden sollte. Sie weist im übrigen auf ihr Postulat betreffend die Vermittlung von Kriegsmaterial. Hier ist sie der Meinung, dass Handlungsbedarf dringend gegeben sei. Wir erwarten, dass sich die eingesetzte Arbeitsgruppe auch mit dieser Frage intensiv beschäftigt und der Bundesrat dem Parlament bald die notwendigen Anträge unterbreiten wird. Bundesrat Villiger: Ich möchte vorab Herrn Rolf Seiler für seine objektive und informative Berichterstattung danken. Ich habe seinen Bemerkungen zur Aufarbeitung der Puk-Beschlüsse in meinem Departement nichts beizufügen. Ich möchte ihm danken, dass er unseren guten Willen anerkannt hat. Ich darf Ihnen nur sagen, dass wir alles daransetzen, die aufgeworfenen Probleme möglichst rasch, aber auch möglichst solide und seriös zu lösen. Vielleicht zwei, drei Bemerkungen zu den anderen Fragen. Zur Frage Koberio III: Herr Nationalrat Rolf Seiler hat gesagt, die Arbeit könne von neuem beginnen. So ist es eigentlich nicht; mein Anliegen ist, dass nun aus den grossen wissenschaftlichen Würfeln und interessanten Grundlagenstudien Elemente herausdestilliert werden, die wirklich realisierbar sind, d. h. es geht jetzt um Franken und Rappen, um konkrete Massnahmen. Es ist richtig, dass Koberio etwas schwieriger geworden ist, seit wir in vielen Bereichen abbauen müssen, weil wir die finanziellen Mittel nicht mehr haben, um alles zu realisieren, was wir früher erhofft hatten. Die Projektleitung Koberio leistet weiterhin wertvolle Planungsarbeit. Wir probieren jetzt - Herr Rolf Seiler hat es angetönt - einige Dinge in die Realisierungsphase überzuführen. Ich kann Ihnen nur zwei, drei Beispiele nennen, damit Sie sehen, in welcher Richtung es geht: Wir wollen z. B. für das EMD in den Regionen einen einheitlichen

13. Juni 1991 N 1081 Geschäftsbericht des Bundesrates 1990 Ansprechpartner für die Region schaffen, der intern im EMD alles koordiniert. Das ist nicht ganz einfach, weil sehr viele diverse Bereiche des EMD zuständig sein können. Wir wollen z. B. die Holzversorgung der Armee teilweise reprivatisieren und das Holz ausschliesslich aus Koberio-Regionen beschaffen. Wir werden überprüfen, ob und wie die Schussgeldentschädigungen erhöht werden sollen, wir denken an Pauschalentschädigungen zur Benützung von Stellungsräumen usw. Wir möchten prüfen, ob die Telematik eingesetzt werden kann zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Randregionen usw. Aber bei Koberio geht es nicht mehr um einen Ausbau der Regionalpolitik; Koberio ist der Versuch, die Konsequenzen der Restrukturierung für die Randregionen möglichst klein zu halten. Koberio ist in diesem Sinne nicht ein Grossprojekt, das mit einem Schlag alle Probleme löst, aber es ist eine Denkweise, etwas, das uns immer wieder veranlasst, bei unseren Mass-

nahmen mitzubersichtigen, welches die Folgen für die Randregionen sein könnten. Soviel zu Koberio. Zur Instruktorenfrage: Sie liegt uns natürlich sehr am Herzen. Der Bestand an Instruktoren hat aber - das muss man doch auch einmal sagen - von 1973 bis 1990 um nicht weniger als 20 Prozent zugenommen. Das ist ein Zuwachs von 300 Stellen. Aber das Loch ist nicht kleiner geworden. Es ist aber nicht wahr, dass man nichts getan hat. 100 Stellen hat das Parlament in dieser Zeit bewilligt, 200 Stellen sind durch departementsinterne Umlagerungen geschaffen worden. Die Diskrepanz blieb bestehen, weil erstens die Ausbildung der Instruktoren verlängert und intensiviert worden ist und weil zweitens die steigende Technisierung der Armee und auch die steigenden Ausbildungsanforderungen mehr Instruktoren verlangen. Die Reformen, die wir vorhaben, z. B. bei der Unteroffiziersausbildung oder beim Abverdienen, alles das braucht wieder mehr Instruktoren, so dass der Bedarf in den nächsten Jahren gross sein wird. Es wäre einfach, diese Stellen intern freizuspielen, wenn wir unseren Stellenbestand in den nächsten Jahren halten könnten. Nun ist aber das EMD ein bisschen das Gefäss geworden, aus dem man alles holt, was andere expandieren, weil wir eben etwas redimensionieren müssen. Daraus folgt, dass wir wahrscheinlich an den Bundesstellenpool abzugeben haben. Je nachdem, wie hoch die Abgabe ausfällt, zu der man uns zwingt, wird es schwieriger oder weniger schwierig, Stellen freizuspielen. Aber wir möchten versuchen, beispielsweise durch Anrechnung von Stellen in den Rüstungsbetrieben etwas auf die Instruktoren umzulagern. Das ist unabdingbar nötig, wenn wir die Probleme lösen wollen. Es ist schwieriger geworden, beispielsweise Einheitskommandanten zu gewinnen, weil ihr Abverdienen in die schwierigste Zeit ihrer Berufskarriere fällt. Hier haben wir vor, z. B. das Abverdienen signifikant zu verkürzen. Wir möchten auch die Gesamtdienstzeit für Unteroffiziere verkürzen usw. Wir sind also daran, diese Probleme aktiv anzupacken, und es liegen Modelle vor, die vielversprechend sind. Aber alle diese Modelle brauchen wieder Instruktoren, weil das, was an Abverdienenzeit fehlt, natürlich irgendwo ersetzt werden muss. Wir möchten auch die Ausbilder der Miliz vermehrt in der militärischen Ausbildung einsetzen. Daraus entsteht ein Paket, mit dem wir hoffen, doch einen Schritt nach vorne machen zu können. Ich komme zum letzten Problem, das auch mir zu schaffen macht: zur Kriegsmaterialausfuhr. Ganz klar: Der Golfkonflikt hat das Problem aufleben lassen, und zwar zu Recht. Er hat nämlich gezeigt, dass ein Problem besteht, das international gelöst werden muss, aber es handelt sich nicht um ein Schweizer Waffenausfuhrproblem. Unser Beitrag zum Golfkonflikt ist schlicht zu vernachlässigen. Wir haben den Irak seit Jahrzehnten nicht mehr beliefert. Wenn jemand einen Schweizer Skandal aus dem Golfkonflikt macht, ist das nicht in Ordnung. Aber es ist nötig, dass sich die internationale Staatenwelt Ueberlegungen macht, beispielsweise zur Prolifération von Massenvernichtungswaffen, von Technologie für Massenvernichtungswaffen und für ballistische Trägerraketentechnologie. Hier werden wir Pionierarbeit leisten, indem wir möglichst bald ein Gesetz für die Schweiz unterbreiten wollen (Deutschland hat schon eines). Mit diesem Gesetz können wir auch vermeiden, dass die Schweiz als Umgehungsland für andere Länder mit solchen Vorschriften benutzt werden kann. Das ist schon sehr weit gediehen. Bei der normalen Waffenausfuhr hat Ihr Sektionspräsident darauf hingewiesen, dass eine Arbeitsgruppe daran ist, das Problem zu prüfen. Sobald wir hier klarersehen, werden wir Ihnen aufgrund der Postulate, die Sie uns überwiesen haben, Berichterstaten. Wir würden selbstverständlich auch bei internationalen Bestrebungen mitmachen, sofern dies nötig würde. Ihr Sektionspräsident sagte, der Bundesrat würde sich zuweilen damit befassen und zuviel der Verwaltung überlassen. Ich muss diesen Vorwurf

zurückweisen. Der Bundesrat hat sich gerade in der schwierigen Zeit der Golfkrise sehr intensiv mit diesen Fragen befasst; es waren sehr komplizierte Fragen, und zwar weil sich Neutralitätsrecht und Waffenausfuhrgesetzgebung überlagert haben. Je nach Umständen war das eine oder das andere für einen Entscheid relevant. Wir sind uns bewusst, dass vor allem die Frage der Türkei sehr schwierig ist. In der Türkei war nicht das Neutralitätsrecht relevant, weil die Türkei nicht in den Krieg miteinbezogen war wie die anderen Golfstaaten oder die Alliierten; es ging vielmehr um das Waffenausfuhrgesetz, wo das Problem der Menschenrechte vom Problem der Spannung durch die Nähe zum Konflikt überlagert wurde. In bezug auf die Menschenrechte ist der Bundesrat einige Male zum Schluss gekommen, dass der Ermessensspielraum es nach wie vorzulässt, die Türkei zu beliefern, dass das Problem aber nicht bagatellisiert werden darf, dass sich die Situation in der Türkei im Laufe der Jahre verbessert hat und der Wille zu Verbesserungen vorhanden ist. Aber man ist noch lange nicht da, wo man sein sollte. Herr Felber hat das auch bei seinem Besuch in der Türkei deutlich gesagt. Als alliierte Flugzeuge aus Incirlik starteten, war jedoch völlig klar, dass das ein Spannungsgebiet im Sinne der kriegerischen Auseinandersetzung ist. Ueber die Situation jetzt nach dem Waffenstillstand wird der Bundesrat gelegentlich beraten müssen. Bei diesen delikatsten Problemen ist sehr viel gegeneinander abzuwägen; der Bundesrat macht es sich nicht leicht. Es geht auch um Entscheidungen, die auch mir persönlich alles andere als leichtfallen. Genehmigt - Approuvé Abschreibung - Classement Antrag des Bundesrates Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Seite 85 der Beilage zum Bericht Proposition du Conseil fédéral Classer les interventions parlementaires selon la page 82 de l'annexe du rapport Angenommen - Adopté Finanzdepartement - Département des finances M. Borei, rapporteur: Les minorités linguistiques sont sous-représentées dans l'administration fédérale: après une étude attentive du dossier, votre commission a dû à nouveau faire ce constat. Elle a dû admettre, en outre, premièrement que les directives décidées en 1983 par le Conseil fédéral ont été sans effet et que la situation s'est au contraire aggravée pendant cette période; deuxièmement, que cette sous-représentation est contraire aux intérêts généraux de la Confédération et que l'on aurait tort de la considérer comme un problème secondaire. C'est pourquoi la Commission de gestion propose au Conseil fédéral de prendre un certain nombre de mesures sur lesquelles je reviendrai. Examinons tout d'abord les faits. La Suisse italienne représente 9 pour cent de la population. Les fonctionnaires de l'administration fédérale de langue italienne ne sont que 5 pour cent. Pour la Suisse romande, les chiffres sont les suivants: population, 20 pour cent; fonctionnaires, 15 pour cent. Cela donne la surreprésentation germanophone suivante: population, 71 pour cent; fonctionnaires de l'administration fédérale, 80 pour cent.

Gestion du Conseil fédéral 1990 1082 N 13 juin 1991 Deux circonstances aggravent ce constat. Un certain nombre de postes nouveaux ont été créés ces dernières années, pour lesquels la proportion de germanophones est de 85 pour cent, et la situation leur est encore plus favorable en ce qui concerne les nominations au lieu de service de Berne. Ensuite, le Conseil fédéral a donné des instructions pour que les directions des offices soient bilingues - par direction, on entend le directeur, son remplaçant ou un sous-directeur, et l'un d'eux devrait être latin. Or, à l'heure actuelle, la moitié des offices seulement ont une direction bilingue. Si rien n'est entrepris, la situation ne peut qu'empirer. J'en veux pour preuve par exemple qu'en 1986/1987 le Conseil fédéral a nommé 389 personnes après mise au concours, et pour 142 de ces nominations, soit près de la moitié, il n'avait aucun choix car seuls des Alémaniques avaient postulé. Les faits sont là. Il y a une insatisfaction au premier

degré, que j'illustrerai par deux revendications que l'on entend couramment. Lorsqu'un citoyen, une administration communale ou un canton souhaite entrer en contact avec l'administration fédérale, il n'est pas rare que l'office concerné manque d'un interlocuteur à la fois compétent pour le dossier et sachant suffisamment le français ou l'italien pour s'entretenir dans l'une de ces langues avec le correspondant. Cela nuit aux rapports entre l'administration et la Suisse romande et méridionale. Ensuite, on entend souvent dire que les Latins paient proportionnellement autant d'impôts que les Alémaniques et qu'ils s'attendent à ce que les deniers publics ne soient pas gérés sous une influence excessive des Alémaniques. Ces motifs d'insatisfaction sont réels, mais ils ne suffiraient peut-être pas à eux seuls à justifier une intervention ferme. Le problème est en fait beaucoup plus profond. Dans de nombreux secteurs où la Confédération est active, l'absence de Latins a les conséquences suivantes. Au niveau de l'élaboration des concepts, tout comme au niveau de l'élaboration de projets concrets, trop souvent cela se fait sans collaboration avec les Latins. Enfin, il faut parler de l'information. Les textes sont évidemment traduits - souvent mal et en dernière minute - en français et en italien. Cependant, les nombreux ratages, où la Suisse latine a mal accepté certains projets du Conseil fédéral, sont dus en bonne partie à une information conçue par des Alémaniques pour des Alémaniques. Prenons le dernier «loupion» du Conseil fédéral, la limitation de vitesse sur les autoroutes, seule - j'insiste sur l'adjectif - mesure anti-smog estival envisagée. Bien reçue par les médias alémaniques, mais mal reçue en Suisse romande. Que l'on ne vienne pas dire, comme je l'ai entendu trop souvent, que les médias n'ont pas joué le jeu. Nous ne sommes pas dans un pays où lesdits médias sont chargés de faire avaler au bon peuple une bouillie fédérale qui lui déplaît. La réaction des médias correspond à la réaction d'une large majorité de la population. Certains d'entre nous en tout cas se sont battus pour faire passer le 80/120, il y a quelque temps. Qu'avons-nous déclaré à cette occasion? 80/120 sont des limites appelées à durer, qu'il fallait ensuite du temps pour que ces limites soient respectées par tous et partout et que c'est cela qui était important, plus que de modifier en tout temps les limites de vitesse. Nous avons aussi affirmé que les mesures écologiques ne devaient pas toucher uniquement la voiture, que des mesures complémentaires seraient prises, touchant les autres facteurs de pollution. Nous devons constater que le Conseil fédéral veut ignorer ce que les citoyens ont entendu comme discours à cette époque, ignorer ce que nous avons dit. Ce ne sont pas seulement les citoyens romands en général qui se sentent floués. Nous qui avons loyalement défendu la politique du Conseil fédéral, nous nous sentons floués que l'on ne tienne aucun compte du langage que nous avons employé pour soutenir - je dis bien soutenir - la politique de protection de l'environnement du Conseil fédéral. Il n'est pas vrai que les Romands sont moins écologiques que les Alémaniques. Je suis souvent découragé - de nombreux autres défenseurs de l'environnement également - par la maladresse du Conseil fédéral en la matière. Les mesures ne sont pas pensées pour nous; elles ne nous sont pas expliquées dans notre langage; c'est pourquoi nous avons peut-être parfois de la peine à les comprendre. Le fait qu'au plus haut niveau elles soient défendues par un porte-parole de langue latine, à l'évidence ne suffit pas. Mais quittons l'écologie qui n'est qu'un exemple. De nombreuses mesures de la Confédération sont mal admises ou mal comprises en Romandie et au Tessin. Il ne suffit pas, chers Confédérés, de dire: «Die cheibe Welsche verschtönd wieder nüt!» - «Ces sacrés Welsche ne comprennent de nouveau rien». Le bon moyen, le seul moyen, j'en suis persuadé - la Commission de gestion me suit en la matière - est de renforcer la présence latine au sein de l'administration fédérale. Quelles mesures prendre et dans quel cadre? Votre commission a résumé ses conclusions

dans une lettre au Conseil fédéral dont l'objectif est double: faire partager au Conseil fédéral notre analyse, notre souci et y remédier avec des mesures à la fois amples et durables; prendre ensuite position de manière positive, nous l'espérons, sur toute une série de mesures concrètes. Il n'y a pas lieu d'entrer aujourd'hui dans le détail de nos propositions, car cette lettre vient d'être envoyée et nous souhaitons une réponse circonstanciée; nous ne voulons pas d'une réponse hâtive du Conseil fédéral aujourd'hui. Nous préférons lui donner le temps de retrousser ses manches. Passons donc sur les détails, mais situons le cadre. Je relève- rai les points suivants: nous devons convaincre des femmes, des hommes de langue italienne ou française de venir travailler à Berne. Nous devons savoir que ce ne sont pas des individus qu'il s'agit de convaincre mais des familles. Des maris, des épouses, des enfants devront être intégrés dans la ville fédérale. Les structures d'accueil doivent être améliorées pour les Romands. Comme pour les Tessinois, il n'existe quasiment rien, il faudra envisager enfin quelque chose les concernant. Je sais d'ailleurs que la délégation tessinoise aux Cham- bres travaille à des propositions, et je m'en réjouis. Le Conseil fédéral a édicté des directives en 1983. Il n'y a rien à reprocher à ces directives, sauf une chose, mais essentielle: elles ne sont pas appliquées. C'est l'organisation de notre ordre du jour qui me fait intervenir maintenant. Mais le problème ne réside guère à l'office du personnel qui relève de votre département, Monsieur le Conseiller fédéral. Le problème se situe dans chacun des sept départements. Les chefs du personnel dans les départements ne s'en préoccupent pas assez, pour ne pas dire ne s'en préoccupent pas du tout. La section DFF de votre commission les entendra encore cette année. Les directions des offices ne prennent pas la question au sérieux. Mais comment s'en étonner, si la moitié des directions de ces offices-je l'ai souligné - n'est pas bilingue? Je relèverai un dernier aspect du problème. Pour avoir envie de travailler au service de la Confédération, ou d'y rester, une femme ou un homme, parlant français ou italien, doit pouvoir compter sur trois conditions: premièrement, il doit être possible de se perfectionner en langue allemande en cours d'emploi et les fonctionnaires de langue allemande devraient faire des efforts symétriques. Deuxièmement, il doit être possible de travailler et tout particulièrement de rédiger dans sa langue maternelle et ne pas être surchargé de travaux de traduction, faute de traducteurs professionnels. Troisièmement, le travail fait en langue italienne ou française doit être reconnu, mieux reconnu que jusqu'ici, au sein de la hiérarchie de l'administration fédérale. Le Conseil fédéral, en réponse à un postulat de M. Delamuraz qui, nous le souhaitons, se chargera également du dossier en tant que ministre, a eu il y a dix ans environ de bonnes idées. Nous attendons maintenant de lui qu'il passe à la phase de la réalisation concrète de ces principes. La Commission de gestion dépose ce dossier sur sa table et attend avec intérêt sa réponse pour cet automne. Bundesrat Stich: Das Thema der Vertretung der sprachlichen Minderheiten ist ein Thema, das im Parlament immer wieder zur Diskussion kommt. Es beschäftigt aber auch den Bundesrat immer wieder. Wir haben Ihren Brief mit den Vorschlägen erhalten. Ich bedanke mich dafür. Sie haben uns Zeit gegeben bis 9. September, um zu antworten. Wir werden es sehr sorgfältig prüfen und Ihnen die Antwort schriftlich zustellen.

13. Juni 1991 N 1083 Geschäftsbericht des Bundesrates 1990 Die Ideen, die Sie entwickeln, sind im einzelnen sicher prüfenswert. Von mir aus gesehen müssen wir aber versuchen, etwas weiter zu kommen, als nur Weisungen zu erlassen. Denn Weisungen, Sie haben selber darauf hingewiesen, werden gelegentlich vergessen, nicht angewendet, und wir erreichen dann nichts. Heute gibt es in dieser Hinsicht eine Führungsaufgabe, und zwar indem man immer wieder und bei jeder Anstellung prüft, ob es Bewerber und Bewerberinnen einer

anderen Sprache (französisch, italienisch) gibt, die den deutsch-schweizerischen Bewerbungen ebenbürtig sind. In diesem Fall ist ganz selbstverständlich, dass wir eine solche Bewerbung vorziehen. Aber es setzt natürlich voraus, dass man sich bei jeder Anstellung immer wieder nach den Namen und den Bewerbungen erkundigt, die eingegangen sind. Das ähnliche Problem haben wir auch noch woanders: Hier geht es um keine Minderheit, sondern eine Mehrheit, allerdings ist es in der Verwaltung wieder eine Minderheit: die Frauen. Auch dort ist es selbstverständlich, dass Weisungen allein nicht genügen, sondern dass man im Einzelfall immer wieder überprüft, ob nicht eine Frau mindestens gleich gut qualifiziert ist. Nur wenn man die Führungskräfte auf allen Stufen dazu bringt, diese Überlegungen in ihr Denken einzubeziehen, sich dessen bewusst zu sein, haben wir wahrscheinlich eine Chance, hier etwas zu ändern. Deshalb bin ich auch immer wieder dankbar, wenn Sie auf diese Fragen hinweisen. Wenn man die Vertretung in verschiedenen Bereichen der Bundesverwaltung anschaut, ist etwas erstaunlich: Wir haben insgesamt 77,3 Prozent Deutschschweizer. Wenn Sie die Zollverwaltung ansehen, sind dort die Deutschschweizer nur zu 60 Prozent vertreten. Von den französisch Sprechenden haben wir im Durchschnitt in der Bundesverwaltung 15,7 Prozent, in der Zollverwaltung sind es 22,9 Prozent. Bei den italienisch Sprechenden haben wir 4,8 Prozent, in der Zollverwaltung 15,8 Prozent. Interessanterweise sind auch bei PTT und SBB die Anteile der sprachlichen Minderheiten bedeutend grösser. Was könnte man daraus für einen Schluss ziehen? Zweifellos spielt der Arbeitsort eine grosse Rolle, es hat beispielsweise jemand die Möglichkeit, in seinem Sprachgebiet selber zu arbeiten. Das spielt eine sehr grosse Rolle. Es dürfte, zudem richtig sein, in der Frage der Dezentralisierung einen Schritt weiter zu gehen; wir sollten mindestens die Ämter, die wir verlegen können, an die Sprachgrenze oder in ein anderes Sprachgebiet verlegen. Sie haben die entsprechende Botschaft ja bekommen. Sie können gelegentlich darüber entscheiden. Ich hoffe zuversichtlich, dass Sie hier die Konsequenzen ebenfalls ziehen und tatsächlich mithelfen. Man kann auch feststellen, dass die Zollverwaltung in der Eidgenossenschaft ganz offensichtlich eine staatspolitische Funktion hat - neben ihren wichtigen Aufgaben, die sie sonst erfüllt - nämlich als Basis für eine bessere Rekrutierung der Minderheiten zu dienen und die Verbindung zwischen den verschiedenen Landesteilen zu verstärken. Das ist zweifellos ein besonderer Vorteil, weil die Zollverwaltung an der Grenze des ganzen Landes vertreten ist. Ich kann Ihnen also versichern, dass wir Ihr Anliegen ernst nehmen, dass wir versuchen, das zu tun, was möglich ist. Diese Gedanken müssen den Führungskräften anlässlich von Führungskursen immer wieder nahegebracht werden, damit sie sich bewusst werden, dass sie in dieser Hinsicht eine Führungsaufgabe zu erfüllen haben. Genehmigt - Approuvé Abschreibung - Classement Antrag des Bundesrates Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Seite 86 der Beilage zum Bericht Proposition du Conseil fédéral Classer les interventions parlementaires selon la page 82 de l'annexe du rapport Angenommen - Adopté Volkswirtschaftsdepartement Département de l'économie publique Frau Fankhauser, Berichterstatterin: Wir hatten im Vorfeld des Golfkrieges einen Handelsboykott gegen den Irak beschlossen. Es wurde festgestellt, dass die beschlossenen Massnahmen gut gegriffen haben. Einige Ausnahmen betreffend pharmazeutische Produkte sind bewilligt worden. Laut Bawi ist aber die Aufdeckung von Umgehungsgeschäften nur in Einzelfällen möglich. Zudem hat das Bawi keine Möglichkeit, prophylaktisch den schweizerischen Firmen Empfehlungen betreffend Nichtexport von Waren zu geben. Es gibt keine Möglichkeit, Lieferungen, die nicht das Kriegsmaterialgesetz betreffen, zu stoppen, es sei denn, man wende Artikel 102 BV an,

nämlich die Wahrung der Interessen der Eidgenossenschaft nach aussen. Das war im Fall des Handelsboykottes gegen den Irak so. Eine neue gesetzliche Grundlage soll jetzt Abhilfe schaffen. Ein Gesetz über die Nichtverbreitung von Ausrüstungen für ABC-Waffen und ABC-Raketen ist in Vorbereitung. Der Entwurf ist für das Jahr 1992, eventuell 1993 angesagt. Bis dahin soll eine Uebergangsverordnung des Bundesrates gelten. Dieser Entwurf wurde für Juni 1991 angekündigt. Zudem wird überprüft, ob die Kontrolle nicht multilateral und mit anderen Ländern harmonisiert durchgeführt werden könnte. Nötig ist vor allem - darin sind wir uns wohl alle sehr einig - ein Instrument, welches bereits bei Verdacht ein Einschreiten ermöglicht. Zu einem anderen Thema. Ich möchte kurz auf die berühmten Gen-Kartoffeln von Changins eingehen. Diese Kartoffel hat uns im Frühjahr sehr beschäftigt. Wir werden sicher noch viel mehr von dieser Kartoffel hören, weil ein besorgter Mitbürger wegen der Bewilligung des Freisetzungsvorhabens Strafklage gegen den Bundesrat eingereicht hat. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat bestätigt, dass die gesetzlichen Grundlagen für solche Bewilligungen fehlten und dass die Kompetenzen unklar seien. Die Bewilligung wurde aber gestützt auf Expertenberichte wie Kobago und Kommission für biologische Sicherheit erteilt. Die GPK hofft auf einen baldigen Erlass von entsprechenden gesetzlichen Grundlagen. Wer beispielsweise am Patentgesetz mitgearbeitet hat, weiss um die Notwendigkeit gesetzlicher Grundlagen in diesem Bereich. Dann habe ich noch eine Bemerkung im Vorfeld des 14. Juni; sie dürfte besonders die Frauen, aber auch die Männer interessieren. Eine besondere Berichterstattung zur Sache der Frau gehört heute unbedingt auf die Tagesordnung. Bezüglich der Bildungsoffensive haben wir Interessantes vernommen: Die vom Rat beschlossene Bildungsoffensive sei voll im Gange - das ist nichts Aussergewöhnliches; wohl aber, dass es an Projekten für Frauen fehle! Der Direktor des Biga gab zu verstehen, dass es für die sogenannte Integration der Frau im Berufsleben besser wäre, wenn die Frauen nie ganz aus dem Erwerbsleben aussteigen würden. Dazu fehle aber, so Herr Hug, die Infrastruktur wie Tagesschulen und Kindertagesstätten sowie Teilzeitstellen auch für Männer! Und - das sagte nicht Herr Hug, das sage ich - es fehlt vielleicht auch ein wenig - oder auch mehr - am Willen der Männer. Zum Tierschutz: Herr Bundesrat, wir haben bereits letztes Jahr gemahnt, weil der Vollzug des Tierschutzgesetzes auf sich warten lässt. Wir haben dazu Eingaben bekommen. Wir bleiben am Ball und werden uns darum kümmern, dass das Ganze so läuft, wie es laufen sollte. Zum Schluss ein Lob für den Bundesrat: Es geht um das CIM, die computerisierte Förderung der Produktion im weitesten Sinn. Entgegen der Falschmeldung in einer Wochenzeitung haben wir gehört, die Projekte seien gut angelaufen; es verlaufe alles erwartungsgemäss, zum Teil sogar über die Landesgrenzen hinweg. Zurzeit laufen über 70 CIM-Projekte, davon mehr als 40 Prozent grenzüberschreitend im europäischen Raum. Die HTL partizipieren im Bereich der neuen Produktionstechnologie mit 20 bis 25 Prozent. Das fanden wir erfreulich, und so kann ich meine Berichterstattung mit ein wenig Lob für den Bundesrat abschliessen.

Gestion du Conseil fédéral 1990 1084 N 13 juin 1991 Neuenschwander: Im Namen der GPK, Sektion Landwirtschaft und Veterinärwesen, spreche ich zu den Schwierigkeiten beim Vollzug des Tierschutzgesetzes. Die vor knapp zehn Jahren in Kraft getretene Tierschutzgesetzgebung hat in vielen Bereichen, namentlich im Bereich Tierversuche, bei den Versuchstierhaltungen, Wildtierhaltungen und Nutztierhaltungen Wirkung gezeigt. Aber beim Vollzug kam es auch zu Schwierigkeiten. Das Bundesamt für Veterinärwesen wird anlässlich einer Pressekonferenz «Zehn Jahre Tierschutzgesetz» am 27. Juni eine Bilanz ziehen. Es gibt grundsätzliche Überlegungen: Die seit dem 1. Juli 1981 gemachten

Erfahrungen haben gezeigt, dass einzelne Vorschriften der Tierschutzverordnung geändert werden müssen, weil sie entweder der übergeordneten Forderung nach einer tiergerechten Haltung zu wenig nachkommen oder sich - gemessen an ihrem tierschutzmässigen Gehalt - als finanziell nicht tragbar erwiesen haben, indem sie zwar sehr hohe Kosten verursachen, aber die Situation der Tiere nur geringfügig verbessern. Der Bundesrat hat in seiner Beantwortung der Interpellation von Nationalrat Bürgi am 10. Dezember 1990 deutlich gemacht, dass weitgehende Lockerungen der Tierschutzvorschriften heute nicht in Frage kommen können, dass aber Stufen- und Alpbetriebe sowie auslaufende Betriebe voraussichtlich mit einer beweglichen Haltung der Vollzugsbehörden rechnen können. Die offenbar auch vom Bundesrat für gewisse Fälle als notwendig erachtete Vollzugsflexibilität ist wohl so zu verstehen, dass bestimmte Vorschriften der Tierschutzverordnung ausnahmsweise weniger streng gehandhabt werden sollen. Hier möchte ich Herrn Bundesrat Delamuraz fragen: Wieweit sind die Vorbereitungen für die erste Revision der Tierschutzverordnung getroffen worden? Soviel ich weiss, ist noch ein Vernehmlassungsverfahren im Gange. In Frage kommt zum Teil der Verzicht auf bauliche Anpassungen. Generelle Fristverlängerungen im Rahmen der Tierschutzverordnung werden aber abgelehnt. Krasse Mängel sind sofort zu beheben. Alle Verbesserungen im zumutbaren Rahmen sind raschmöglichst vorzunehmen. Bei der seinerzeitigen Gesetzesberatung hat der Bundesrat versichert, man wolle mit dem neuen Gesetz nicht etwa einen eidgenössischen Stallvogt einführen. Nach Artikel 34 des Tierschutzgesetzes haben denn auch die Vollzugsorgane nur im Rahmen des zutreffenden Prozessrechtes Zutritt zu den Räumlichkeiten, Einrichtungen, Fahrzeugen, Gegenständen und Tieren. Dabei haben sie die Eigenschaft von Beamten der gerichtlichen Polizei. Was die Aktivitäten von Dr. Kessler, Tuttwil/Thurgau, als Präsident des Vereins gegen Tierfabriken anbelangt, ist festzustellen, dass er sich für die strikte Einhaltung der geltenden Vorschriften der Tierschutzgesetzgebung einsetzt. Durch Anzeigen gegen Tierhalter, Beschwerden an kantonale und eidgenössische Behörden, in letzter Zeit auch durch Anzeigen und Beschwerden gegen Kantons- und Bundesbeamte wegen angeblicher Nichterfüllung der Amtspflichten im Bereich Tierschutz setzt er sich für den Vollzug durch die Kantone und die Durchsetzung der Vorschriften durch den Bund ein. Nebst zahlreichen Anzeigen gegen einzelne Tierhalter sind Beschwerden oder Anzeigen gegen Kantonstierärzte in St. Gallen und Zug, gegen Beamte des Bundesamtes für Landwirtschaft, des Bundesamtes für Veterinärwesen, gegen den Chef EVD und gegen den gesamten Bundesrat erfolgt. Die Anliegen von Dr. Kessler sind in manchen Fällen begründet, aber das brüske Vorgehen gegen Tierhalter und Beamte, einschliesslich Rücktrittsaufforderungen oder Anzeige vor Bundesgericht gegen den Gesamtbundesrat, sowie die häufig übliche Praxis, Anzeigen sofort der Presse mitzuteilen, erscheinen mir jedoch der Sache wenig dienlich und zum Teil kontraproduktiv zu sein, weil sich bei Tierhaltern eine starke Opposition aufgebaut hat. Eine persönliche Bemerkung: Mir sind die Einstellung des Menschen zum Umgang mit Tieren und damit auch das Wohlbefinden der Tiere wichtiger als Gesetze und Verordnungen. Zum Schluss danke ich der Petitionskommission, dass sie mit Bericht 21.2011 einstimmig beantragt, der Strafanzeige des Vereins der Tierfabriken gegen den Bundesrat keine Folge zu geben. Nussbaumer: Der Geschäftsbericht des Bundesamtes für Landwirtschaft ist aufschlussreich bezüglich der gemachten und der verschwiegenen Berichterstattung. Es steht nichts im Bericht über die wichtigen Änderungen der Verordnung zum Milchwirtschaftsbeschluss. So wurden am 1. November 1989 und am 27. Juni 1990 die Verordnungen über die landwirtschaftlichen

Begriffe und über die Milchkontingentierung geändert. Nebst der Möglichkeit, zwei landwirtschaftliche Betriebe zu einer Betriebsgemeinschaft zusammenzulegen, sind neu auch Betriebszweiggemeinschaften vorgesehen. Damit ja keine Uebersetzungsfehler passieren, nenne ich die französische Bezeichnung der Betriebszweiggemeinschaften. Sie heissen «communautés partielles d'exploitation». Ich begrüsse die Möglichkeit, dass Betriebsgemeinschaften gegründet werden können. Diese «communautés partielles d'exploitation», diese Betriebszweiggemeinschaften, bestehen darin, dass die beiden Betriebe die Milchproduktion zusammenlegen können, sonst aber unabhängig bleiben. Sie brauchen nicht einmal Buch zu führen. Meistens wird der abgebende Partner einem Nebenerwerb nachgehen. In der Praxis führt diese neue Möglichkeit zu verschiedensten Umgehungsmöglichkeiten, die nicht kontrollierbar sind und die wahrscheinlich auch beim Erlass dieser Verordnung zuweilen in den Querbezug zum Pachtrecht und zu ändern landwirtschaftlichen Gesetzen gestellt worden sind. Welches sind die grössten Mängel? (Ich weiss nicht, ob mir der Bundesrat Antwort geben kann, wenn er Privatgespräche führt. Es ist wirklich ein Thema, wo Sie zuhören sollten, Herr Bundesrat.)

1. Die Abgabe der Milchkontingente erfolgt privatrechtlich gegen eine Jahresentschädigung von 10 bis 30 Rappen pro Liter. Das ist privatrechtlich geregelt. Da sagt man, das interessiere die Öffentlichkeit überhaupt nicht. Wenn das aber Schule macht, dann erhalten jene, die die Landwirtschaft verlassen, eine «Sofarente». Die ändern, die in der Landwirtschaft bleiben, müssen nachher vom Milchpreis 10 bis 30 Rappen pro Liter Jahrespachtzins abgeben. Der abgebende Betrieb hält dann vielleicht noch fünf Grossvieheinheiten, damit er die Tierhalterbeiträge noch bekommt. Er wird auf seinen Ackerflächen Anbauprämienkulturen säen, damit er auch dort nichts verliert, und das nicht benötigte Grünland wird sein Partner bewirtschaften. Das landwirtschaftliche Pachtrecht wird durch diese Verordnung mehrfach verletzt. Der ordentliche Bewirtschaftungsradius von 10 km ist immer viel kleiner als 10 km Distanz nach Artikel 4 der Verordnung über die Milchwirtschaft. Das Pachtrecht wird hier durchbrochen.
2. Wird einer der beiden Betriebe endgültig aufgegeben, kann nicht kontrolliert werden, ob der andere hernach eine überdurchschnittlich gute Existenz (gemäss Pachtrecht) überschreitet.
3. Der Verpächter wird um seine Rechte gebracht. Wenn ein Produktionsrecht, das zu Drittpachtland gehört, weitergegeben wird, kommt das einer Unterpacht gleich. Der Verpächter wird dann sagen, er wolle einen Teil dieser Entschädigung. Damit wird die Pachtzinskontrolle ebenfalls unterlaufen. Im Pachtrecht werden somit eine Reihe von Bestimmungen durch eine Verordnung des Bundesrates verletzt. Hat es einen Wert, wenn wir Gesetze machen, die dann durch bundesrätliche Verordnung unterlaufen werden? Der Kontingentshandel, den wir im Milchwirtschaftsbeschluss abgelehnt haben, wird hier durch die Hintertür wieder eingeführt. Es dürfen sich zwar nur Betriebe zu Betriebszweiggemeinschaften zusammenschliessen, die vorher während dreier Jahre separat Milch eingeliefert haben. Das zu kontrollieren, ist aber ausserordentlich schwierig. Die Verordnung führt dazu, dass keine neuen Stilllegungen von Kontingenten mehr erfolgen, der Zentralverband keine Kontingente mehr zurückkaufen kann und stillgelegte Kontingente aktiviert werden, um sie nach drei Jahren lukrativ weiterzuvermieten. Die Gesamtmilchmenge und die Verluste des Bundes aus der Milchrechnung werden zunehmen. Kontrollierbar ist das für die verantwortlichen Kantone schlechthin nicht.

13. Juni 1991 N 1085 1 Geschäftsbericht des Bundesrates 1990 Ferner wird das restliche Land der kontingentabgebenden Betriebe so bestellt, dass noch möglichst viele öffentliche Mittel fliessen. Diesbezüglich ist den Kantonen eine schwierige Aufgabe überbunden

worden, mit der sie überfordert sind. Was schliesslich die Auswirkungen auf die Gewässerschutzvorschriften anbelangt, führt die Verordnung entweder zur Ueberdüngung der Flächen jenes Betriebes, der ein Milchkontingent übernimmt, oder zu einem Güllentourismus bis 10 km Distanz. Die Erfahrung zeigt, dass nur die grösseren und rücksichtslosen Betriebe zum Zuge kommen, weil sie mehr bieten als kleinere. Kleinbetriebe werden so zur vorzeitigen Aufgabe verlockt. Ich weiss: Das mag in Ihrer Philosophie erwünscht sein. Diese Verordnung ist direkt gegen das solidarische Verhalten der Bauern gerichtet. Sie, Herr Bundesrat, tragen die Verantwortung dafür, dass die Bauern mehr und mehr zu Einzelkämpfern werden. So wird in den Dorfgemeinschaften das Vertrauen unter den Bauern und damit auch deren Berufsbild zerstört. Ist es erlaubt, mit bundesrätlichen Verordnungen die Gesetze des Parlamentes auszuhöhlen? Ich sage nein. Ich weiss, dass Sie mir heute wahrscheinlich nicht alle Fragen beantworten können. Diese Verordnung aber führt zu Schlaumeiereien, die das Ansehen des Bauernstandes im ganzen Land unterhöhlen könnten. Frau Ulrich: Aus dem grossen Strauss der Probleme beim EVD möchte ich drei Punkte herausgreifen: 1. Vorhin hat uns die Sprecherin der GPK gesagt, die GPK hoffe darauf, dass der Bundesrat möglichst rasch gesetzliche Regeln aufstelle, um die Probleme der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen zu regeln. Ich glaube, dass die Hoffnung allein, Herr Bundesrat, hier nicht genügt. Wir hoffen nicht auf eine gesetzliche Regelung, sondern wir fordern sie in möglichst kurzer Zeit. Zwar können wir hier lesen, es bestünden Kompetenzabgrenzungen. Manchmal wird auch die Ueberlegung angestellt, wenn etwas nicht verboten sei, dann sei es erlaubt, also brauche man im Moment gar keine gesetzlichen Regeln. Da wir aber hier etwas machen, dessen Risiken und Auswirkungen wir - zumindest als Politikerinnen und Politiker - nicht abschätzen können, müssen wir Regeln aufstellen. Die einen meinen, das Risiko sei sehr hoch, andere sagen, es sei sehr klein, niemand aber behauptet, es sei kein Risiko vorhanden. Wenn ein Schaden entsteht, ist er nicht nur von einer kleinen Gruppe, den direkt Interessierten, zu tragen. Betroffen sind dann vielmehr alle. Machen Sie daher vorwärts! Bringen Sie möglichst rasch eine gesetzliche Regelung, damit Klarheit über die Kompetenzen besteht und man weiss, wer unter welchen Bedingungen solche Bewilligungen erteilen darf. 2. Zu den Verhandlungen beim Gatt, d. h. zum Problemkreis Gentechnik: Sie wissen alle, dass beim Gatt auch Verhandlungen über den Patentschutz und über das geistige Eigentum geführt werden und dass dabei - so hört man - auch immer wieder darüber diskutiert wird und die Tendenz dazu vorhanden ist, dass Lebewesen patentiert werden. Ich frage Sie noch einmal, wie es sich eigentlich mit dem Verhandlungsmandat unserer Unterhändler verhält. Wie ich gelesen habe, kann im nationalen Recht lediglich eine Einschränkung gemacht werden, wenn etwas mit der Würde des Menschen nicht vereinbar sei. Aufgrund von Artikel 102 Absatz 2 der Bundesverfassung hat sich der Bundesrat für die Erledigung seiner Geschäfte an die Verfassung und die Gesetze zu halten. In Absatz 8 heisst es dann, er sei für die aussenpolitischen Belange zuständig. Ich bin nun der Meinung, dass sich diese Aussenpolitik dann auch an der Verfassung und an den Gesetzen zu orientieren hat. Das heutige, noch geltende Patentgesetz sieht keine Patentierung von höheren Lebewesen, von Pflanzen und von Tieren vor. Das ist das eine. Das andere: Wir haben im Rat beschlossen - und der Ständerat ist uns gefolgt -, dass in die Bundesverfassung im Bereich Gentechnik neu die Würde der Kreatur aufgenommen wird. Wie verhält es sich dann nachher in den Verhandlungen, wenn nur die Würde des Menschen als Schranke gelten soll? Wie steht es dann mit der Würde der Kreatur und dem Verfassungsartikel, den wir schaffen wollen? Da müssen wir doch auch die Möglichkeit haben, als Schweizerinnen und Schweizer zu

sagen: Wir haben das in der Bundesverfassung beschlossen, und wir gehen wegen irgendwelcher internationaler Vereinbarungen nicht davon ab. 3. Ich habe im Geschäftsbericht Seite 357 einen Satz gefunden zu den Geschäften, die wir diese Woche beschlossen oder beraten haben. In bezug auf den Raps-Methylester heisst es da, dass das Problem zwar technisch gelöst sei, aber dass die ungenügende Wirtschaftlichkeit dieses Raps-Methylesters ein schwer lösbares Problem darstelle. Ich frage einfach: Hat der Bundesrat die Lösung schon gefunden? Bühler: Auf Seite 336 und folgende beschreibt der Bundesrat die Wandlung der Agrarpolitik. Dass er dem Parlament aufzeigt, wo etwas und was nach seiner Meinung geändert werden sollte, ist sicher richtig. Zur hier dargelegten Richtung möchte ich mich deshalb nicht äussern. Dazu wird sich bei der Behandlung des 7. Landwirtschaftsberichtes und bei allfälligen Gesetzesänderungen Gelegenheit bieten. Was mich beschäftigt, ist nicht der Inhalt der Darlegungen, sondern eine in diesem Zusammenhang stehende, wie ich meine, sehr wichtige Grundsatzfrage. Der Bundesrat hat entgegen dem Landwirtschaftsgesetz und entgegen den Leitlinien des 6. Landwirtschaftsberichtes die Wandlung einfach von sich aus bereits eingeleitet. Ich erinnere an die Behandlung der Preisbeschlüsse Anfang dieses Jahres. Darf das Parlament zulassen, dass sich der Bundesrat einfach über Gesetze - das Landwirtschaftsgesetz ist immerhin vom Volk angenommen worden - und über Parlamentsbeschlüsse hinwegsetzt oder sie praktisch ausser Kraft setzt, wenn er glaubt, eine Richtungsänderung wäre nötig? Entsteht hier nicht ein Präjudiz, aufgrund dessen der Bundesrat sich auch in etlichen anderen Bereichen so verhalten könnte? Meines Erachtens muss das Parlament darauf bestehen, dass Gesetze und Parlamentsbeschlüsse vom Bundesrat so lange eingehalten werden, bis sie ordnungsgemäss abgeändert wurden. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass es mir nicht um die Kritik am neu aufgezeigten Weg in der Agrarpolitik geht. Es geht mir einzig und allein um die Grundsatzfrage, ob der Bundesrat sich an Gesetze und Parlamentsbeschlüsse zu halten hat oder nicht. Auf dem Gebiet der Agrarpolitik hat er eine Richtungsänderung vorgenommen, ohne dass Gesetzesänderungen oder Parlamentsbeschlüsse ihn dazu legitimiert hätten. Darum frage ich den Bundesrat: Wie rechtfertigen Sie dieses Vorgehen? Wiederkehr: Das Volk hat am 1. April 1990 den Rebbaubeschluss abgelehnt. Hauptgrund war neben den ungenügenden Qualitäts- und Mengenbestimmungen eindeutig die Ablehnung der Weinkontingentierung. Auch der Bericht des Bundesamtes für Landwirtschaft vom Februar 1991 zu einem neuen Rebbaubeschluss nennt die umstrittene Einfuhrregelung an erster Stelle der Gründe für das Volksnein. Der demokratische Auftrag zur Abschaffung der Weinkontingentierung ist somit klar. Klar sind auch die Kompetenzen: Der Bundesrat ist es, der das Weinstatut entsprechend zu ändern hat. Der Bundesrat hat seine Zuständigkeit im Abstimmungskampf auch klar hervorgehoben. Heute - über ein Jahr nach dem unmissverständlichen Volksverdict - wird die Weinkontingentierung unverändert fortgeführt. Es liegt erst eine Ankündigung des Volkswirtschaftsdepartementes vor, dass man beim Rotwein ab 1992 die Kontingentierung abschaffen wolle. In einem Gespräch unseres Parlamentarierkomitees mit Ihnen, Herr Bundesrat, haben Sie im letzten Oktober mündlich zugesichert, dass Sie so rasch als möglich diese Weinkontingentierung, die das Schweizervolk als höchst ungerecht empfindet, abschaffen wollen. Wir stellen fest: Schriftliche Zusicherungen gibt es nach wie vor keine. Im Bericht des Volkswirtschaftsdepartementes vom 16. April steht wiederum, es könnten sich Verzögerungen ergeben, weil die Gatt- und andere Verhandlungen nur schleppend vorankämen. Unsere Fragen an Sie, Herr Bundesrat: Warum wurde der unmissverständliche Auftrag des Volkes vom 1. April 1990 immer noch nicht erfüllt?

Bis wann wird der Volksauftrag betreffend

Gestion du Conseil fédéral 1990 1086 N 13 juin 1991 Abschaffung der Kontingentierung von Rotwein, aber auch von Weissweineinfuhren, verbindlich erfüllt sein? Ruckstuhl: Zum Wandel in der Agrarpolitik schreibt der Bundesrat: «Die Interventionen in der Landwirtschaft sind auf das Notwendige und Zielkonforme zu beschränken. Es sind vermehrt marktwirtschaftliche und marktnahe Steuerungsinstrumente einzusetzen.» (S. 337) Diese Aussage kann auch von bäuerlicher Seite her nur unterstützt werden. Ich habe deshalb den Geschäftsbericht nach Vorschlägen und Massnahmen dazu abgesehen. Schreibt doch der Bundesrat weiter: «Die staatlichen Regelungen betreffend die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Stufen sind im gleichen Sinne zu überprüfen.» Dem Bundesamt für Landwirtschaft und dem Bundesrat kann wohl nicht entgangen sein, dass in den vergangenen Jahren und besonders in den letzten Monaten ganz erhebliche Kritik an den Lenkungsmaßnahmen der Milchverwertung geübt wurde. Es ist unbestritten, dass Milchverwertung und Käsemarktordnung ein schwieriges Zusammenwirken vieler Regeln und Kräfte darstellen, das nicht an Einzelfällen gemessen werden kann. Trotzdem glaube ich, dass die gegenwärtige Kritik am allzu starren Festhalten an Produktions- und Sortenzuteilungen bei der Käseproduktion eine gewisse Berechtigung hat. Früher gab es einmal bei landwirtschaftlichem Boden die Marktregel: «Das Land geht zum besten Wirt.» Auf die Milch bezogen würde das heissen: Die Milch geht zum besten Käser. Sicher ist das Beispiel Scheunenberg im Kanton Bern hochgespielt worden. Doch glaube ich, auch in der Ostschweiz sind bestimmte Bestrebungen zu kostengünstiger Milchverwertung nicht in zu erwartendem Mass geprüft und gefördert worden. Wenn sich milchverarbeitende Betriebe auf neue Konsumgewohnheiten ausrichten wollen, wie das zum Beispiel im togenburgischen Ganterschwil vorgesehen war, so sollte etwas mehr Beweglichkeit gezeigt werden. Mehr Beweglichkeit wäre auf einem anderen Gebiet der Milchwirtschaft ebenfalls gefragt. Es liegt durchaus im Interesse der Milchrechnung, wenn Bauern ihr Milchkontingent nicht voll ausschöpfen. Durch Mindereinlieferungen entstehen den Verwertungsbetrieben Ertragsausfälle. So versuchen zum Beispiel Käsereigenossenschaften, den Unterlieferern für entgangenen Hüttenzins Rechnung zu stellen; das versteht kein Betroffener und kein Aussenstehender. Es wäre wohl prüfungswert und im Interesse einer günstigen Milchrechnung, wenn ein Teil der gesparten Verwertungsverluste zur Entschädigung stark verschuldeter Milchgenossenschaften bereitgestellt würde. Dieser Vorschlag wäre wohl einiges verständlicher als die Motivierung der Bauern, ihr Kontingent voll auszuschöpfen und damit die Käsereigenossenschaften nicht zu schädigen, wie das heute zum Teil der Fall ist. Ich bitte den Bundesrat, ganz im Zeichen seiner von mir eingangs zitierten Aussagen, auf diesem Gebiet aktiv zu sein. Schwab: Ich spreche zum Geschäftsbericht, Seite 357, landwirtschaftliche Forschung, nachwachsende Rohstoffe. Lehre und Forschung gehören auch im Agrarbereich zu den fundamentalsten Werten eines Volkes, um im harten internationalen Wettkampf überhaupt bestehen zu können. Dank einer gut ausgebauten Forschung, dank einer soliden Ausbildung der Bauern und ihrer Tüchtigkeit und nicht zuletzt auch dank unserer Gesetzgebung war es der schweizerischen Landwirtschaft möglich, den Produktivitätsfortschritt in den letzten paar Jahrzehnten auf einer beachtlichen Höhe zu halten, auf einem Stand, der sich auch im Quervergleich zur übrigen Wirtschaft sehen lässt. Die Arbeiten der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten laugen, wie im Geschäftsbericht zu lesen ist, schwerpunktmässig auf dem Gebiet der umweltschonenden Landbewirtschaftung sowie bei der Förderung der Qualität von Lebens- und Futtermitteln. Eine solche Schwerpunktsetzung ist zu begrüßen. Die sechsstündige

Debatte hier in diesem Saal, in der es um die Lenkung im Getreidebau ging, hat deutlich gezeigt, wie tief die Sorge um eine lebenswerte Umwelt ist. Wir Bauern sind gewillt, alles zu tun, um den hohen Anforderungen zu genügen, gesunde Nahrungsmittel zu produzieren, die Umwelt zu schonen und auch unsere Tiere tiergerecht zu halten. Wir alle wissen aber auch, dass wir uns in einem internationalen Umfeld befinden. Zunehmend müssen wir uns auf die Gegebenheiten, auf die Gesetzgebung, z. B. der EG, ausrichten. Gesunde und schlechte Luft sind überdies auch landesübergreifend. Nun meine erste Feststellung: Im Text unseres Geschäftsberichtes fehlen jegliche Angaben in Sachen Quervergleich mit der EG. Mir scheint, Herr Bundesrat, dass man in Zukunft vermehrt Hinweise und Angaben machen sollte, die unseren Stand im Vergleich zur EG verdeutlichen - es wäre eine echte Hilfe. Wir wollen ja alle europafähig werden. Hier im Geschäftsbericht bieten sich Möglichkeiten, uns in dieser Hinsicht etwas zu öffnen.

Zur Thematik nachwachsende Rohstoffe: Im Geschäftsbericht gibt es Hinweise auf Rotationsbrache und nachwachsende Rohstoffe. Auf der anderen Seite wird aus verschiedenen Interessen gegen die Absicht, nachwachsende Rohstoffe auch in unserem Land zu fördern, Stimmung gemacht. Meine Fragen: 1. Wie will der Bundesrat den vielen unqualifizierten Vorwürfen gegen die Aufnahme von nachwachsenden Rohstoffen ins Produktionsprogramm begegnen? 2. Ist der Bundesrat bereit, in geeigneter Form die Erfahrungen aus dem Ausland darzustellen? An einer FAO-Tagung letzte Woche in Graz sollen in dieser Hinsicht positive Erfahrungen gemacht und bekanntgegeben worden sein. Die schweizerische Landwirtschaft ist angewiesen auf klare Zukunftsperspektiven. Sie erwartet vom Bundesrat auch in dieser Hinsicht klare Vorstellungen und eine klare Marschrichtung. Wir wollen in diese Produktion einsteigen. Zum Schluss möchte ich doch an dieser Stelle für alles danken, was auch im Departement von Herrn Bundesrat Delamuraz für unsere Landwirtschaft geleistet wird. Weder-Basel: Herr Neuenschwander hat am Verein gegen Tierfabriken Kritik geübt. Ich bin Mitglied dieses Vereines und will mich daher ganz kurz wehren. Dieser Verein beharrt darauf, dass die Tierschutzgesetze und die entsprechenden Verordnungen eingehalten werden. Die Bauern hatten mehr als zehn Jahre lang Zeit, ihre Ställe an das neue Tierschutzgesetz anzupassen; sie erhielten teilweise auch Subventionen. Sie wissen so gut wie ich, Herr Neuenschwander, dass in der Massentierhaltung ein nimmelschreies Unrecht passiert. Da werden die Tiere eingepfercht, sie werden angebunden, werden auf Spaltböden gezwungen, sind in zu kleinen Käfigen und werden vor allem ohne jede Liebe behandelt - Tiere, die genau empfinden wie Sie und ich. Die Tiere können sich nicht wehren, sie sind auf Leute angewiesen, die für ihr Los eintreten wie dieser Herr Kessler, der da angeprangert wird. Ich bedaure es sehr, dass diese Tiere kein Stimmrecht haben. Ich weiss ganz genau, dass dann in dieser Sparte vieles ganz anders wäre. M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je vous remercie d'écouter ma réponse, Monsieur Nussbaumer, et je vous prie d'excuser la conversation parallèle que j'ai dû conduire. Je crois que dans l'installation de la salle du Conseil national il faudrait que le Conseiller fédéral de service soit sous une cloche de verre, coupé du reste du monde, seul en liaison avec ceux qui lui posent des questions, un peu comme la voiture d'apparat de sa Sainteté. Ainsi pourrions-nous éviter d'avoir à nous disperser dans des discussions particulières. J'aimerais remercier Mme Fankhauser, rapporteur, de l'analyse critique et, pour une large part, très positive qu'elle a faite de la gestion de mon département. Elle a abordé quelques points sur lesquels je veux revenir brièvement, là où il n'y a pas de question expressément posée. Tout d'abord, concernant cet ensemble de mesures commerciales que nous avons prises avec les autres nations à contre de l'Irak,

j'aimerais dire qu'il continue et qu'il a pu fonctionner d'une manière rapide et efficace, grâce à un appareil qui a été mis en place, permettant le contrôle à la frontière des exportations de marchandises, la surveillance permanente des statistiques du commerce que nous faisons entre le Dé-

13. Juni 1991 1087 Geschäftsbericht des Bundesrates 1990 parlement des affaires étrangères, l'Administration des finances, la Direction des douanes, le Secrétariat général de mon département et naturellement le BAWI. Des examens d'informations faisant état d'éventuelles violations de l'embargo ont également permis de compléter ce dispositif. Les dérogations qui ont été admises portaient exclusivement sur l'exportation et le transit de marchandises à des fins médicales ou humanitaires, l'exportation et le transit de denrées alimentaires dans des situations exceptionnelles, au titre de l'aide humanitaire, l'acheminement de bagages en cas de transport de personnes à destination ou en provenance de l'Irak ou du Koweït. Cela était très sévèrement délimité. Nous avons pu excepter de l'embargo contre l'Irak les livraisons de denrées alimentaires et d'autres produits de première nécessité pour la population civile, cela après que la première ordonnance avait été prise. Nous pouvons imaginer que le dispositif mis en place était le bon. Il se peut que quelque chose ait passé entre les mailles du filet, mais il est assez certain qu'il doit s'agir de peu de choses et que pour l'essentiel cela s'est convenablement fait. En ce qui concerne le deuxième thème abordé par Mme Fankhauser, le marché du travail et plus particulièrement la place qu'occupent les femmes dans ce marché: la campagne pour le perfectionnement qui a été entreprise afin d'améliorer la situation des femmes sur le marché du travail a consisté, à titre de mesure spéciale en faveur du perfectionnement professionnel, à dynamiser une étude sur la situation de la femme active. L'auteur de cette étude met en lumière les causes et les arrière-plans des problèmes particuliers que rencontrent les femmes à leur entrée dans leur profession, dans leur carrière, lorsqu'elles interrompent leur activité professionnelle et lorsqu'elles la reprennent. Nous avons reçu entre-temps, et pour une part considérable déjà acceptée, plusieurs demandes de subventionnements pour des projets de perfectionnement (une cinquantaine) et des projets de réinsertion professionnelle des femmes (une petite vingtaine) que nous honorerons, car ce sont des projets intéressants et prometteurs, par un appui de l'ordre de 1,7 million. Nous participons également avec une représentante de l'OFIAMT au groupe de projets de l'initiative «Des paroles aux actes», en allemand «Taten statt Worte» qui cherche, en collaboration avec plus de cinquante entreprises, à aplanir les embûches que recèle pour les femmes le monde du travail. Le projet de loi sur l'égalité entre femmes et hommes, actuellement en procédure de consultation, apportera aux femmes de sensibles améliorations dans les domaines de l'égalité des salaires, de l'interdiction des discriminations et des mesures de promotion. Le problème du travail de nuit des femmes est traité dans un autre cadre. La réponse que le Conseil fédéral a faite à votre interpellation, Madame le rapporteur, vous situe que le rapport du Conseil fédéral sur les conventions adoptées en 1989 et 1990 par la Conférence internationale du travail - entre autres dans le protocole additionnel à la Convention No 89 du travail des femmes - est en bonne voie et que, par ailleurs, le Conseil fédéral ne propose pas au Parlement la sortie de la Suisse de la Convention 89. Merci de la gerbe de lauriers que vous distribuez au Conseil fédéral à propos du programme d'actions CIM. Celui-ci se poursuit normalement et le Conseil fédéral décidera avant l'été de l'allocation de quelque 35 millions de francs aux sept centres qui sont mis sous toit. Je réponds à Mmes Fankhauser et Ulrich sur le problème des essais de pommes de terre transgéniques à la Station fédérale de recherche de Changins. Le Conseil fédéral a autorisé

en mai l'Office fédéral de l'agriculture à confier à la station de Changins l'exécution d'un essai de culture en plein air de pommes de terre transgéniques. Cet essai est l'aboutissement de travaux entrepris depuis plus de trois ans, approuvés au sein des offices fédéraux intéressés, et il a pour but l'obtention d'un clone de la variété Bintje résistant au virus Y. La variété Bintje, telle que cultivée actuellement, est hautement fragile, très sensible à ce virus, dont l'infection entraîne des pertes de récolte importantes. Cet essai est une première en Suisse, mais nullement en Europe. À titre d'exemple, plus de 60 essais de plantes transgéniques ont été autorisés en France ces trois dernières années. Pour la seule année passée, il a été procédé en France à un examen de 24 nouvelles demandes d'autorisation. Le Conseil fédéral a pris sa décision en se fondant sur l'ordonnance sur la recherche agronomique et compte tenu de sa décision du mois d'août 1986, qui reconnaissait implicitement l'autorité scientifique de la Commission interdisciplinaire suisse pour la sécurité dans la recherche et ses applications techniques (CSSB) et qui chargeait les Départements de l'économie publique et de l'intérieur d'instituer un service de coordination des procédures d'autorisation, le fameux KOBAGO. Cette décision ne constitue pas un précédent en vue de l'octroi d'autres autorisations d'expérimenter en plein champ des organismes génétiquement modifiés. En revanche, elle permet aux services concernés à l'avenir par l'octroi de telles autorisations, de se familiariser avec les tâches que cela implique, notamment avec l'étude du dossier et la surveillance de l'essai. Elle a donc, à ce titre, le caractère d'un projet pilote. Conformément à la décision du Conseil fédéral, cette surveillance est exercée à Changins, par un groupe restreint de membres de KOBAGO. La CSSB et KOBAGO ont donné des avis favorables. L'Office fédéral de l'environnement, de la forêt et du paysage a été consulté. Le Conseil d'Etat du canton de Vaud et les communes directement concernées ont été informés par l'Office fédéral de l'agriculture. Le dossier de requêtes, présenté par la station de Changins, est à disposition des organisations de la protection de l'environnement et de la nature, ainsi qu'à celle d'autres organisations intéressées, et cela depuis le 3 juin dernier. Quant à la situation juridique qui occupait le centre de la première réflexion de Mme Ulrich, il est admis que l'expérimentation en plein champ d'un organisme génétiquement modifié tel que le clone de pommes de terre obtenu à Changins, doit faire l'objet d'une procédure d'autorisation officielle. Tel a été le cas ici. Pour l'avenir, une base légale sera inscrite dans la loi sur la protection de l'environnement, loi qui est en cours de révision. La procédure d'autorisation sera en principe analogue à celle que formule la Communauté européenne dans sa directive spéciale qui doit entrer en vigueur l'automne prochain. Je note enfin que l'examen de la requête de la station de Changins a été effectuée conformément aux normes européennes, sur la base d'un questionnaire qui est utilisé en Grande-Bretagne, et que l'ensemble de cette documentation est très largement reconnu par les pays européens et correspond aux recommandations importantes qui ont été faites en cette matière par l'OCDE. Madame Ulrich, vous abordez une question complémentaire, en quelque sorte, lorsque vous vous interrogez quant aux aspects commerciaux qui sont liés à la propriété intellectuelle. Je vous dirai qu'en ce qui concerne les motifs d'exclusion de la brevetabilité, tels que l'on en discute en particulier dans la négociation de l'Uruguay-Round du GATT, la position de la Suisse se situe à mi-chemin entre les positions des Etats-Unis, de l'Australie, du Japon, d'un côté, et celles de la Communauté européenne de l'autre. La Suisse souhaite une protection des brevets qui puisse maintenir à long terme les avantages comparatifs de notre pays en tant que lieu de développement et de recherche, c'est-à-dire une protection qui couvrirait tous les domaines de la technique, y compris la biotechnologie moderne, par

exemple. Contrairement aux Etats-Unis, à l'Australie, entre autres, la Suisse demande expressément l'exclusion de la brevetabilité de toute invention qui viole le principe de la dignité humaine ou les principes généralement acceptés des bonnes moeurs. Cette exclusion a une très grande importance puisqu'elle constitue un fondement juridique tenant compte de considérations d'ordre éthique à rencontre de la brevetabilité de la matière vivante et particulièrement des êtres vivants supérieurs. C'est également une solution qui permettra de régler d'une manière différenciée, donc appropriée, le problème de la brevetabilité en général. En ce qui concerne la question de la brevetabilité des plantes, la position suisse au GATT est de laisser aux Etats le libre choix de protéger les variétés végétales, ou par le droit des brevets

Gestion du Conseil fédéral 1990 1088 N 13 juin 1991 ou par un système sui generis approprié ou, éventuellement, en combinaison entre ces deux systèmes. La position de la Suisse correspond, en tout cas sur ce point important, à celle de la Communauté européenne. Cela signifie que notre pays pourra continuer à protéger les variétés végétales par la loi fédérale sur la protection des obtentions végétales. Ainsi, elle pourra continuer à exclure ces variétés de la brevetabilité, selon l'article 1 a de la loi fédérale sur les brevets. Il importe aussi de préciser que la position du Conseil fédéral ne préjuge pas les options du législateur suisse dans ce domaine. La Suisse, avec les pays en développement, garde la liberté de choisir un système adéquat de protection des variétés végétales. Enfin, la protection des données résultant d'essais requis pour l'approbation des médicaments et des produits agrochimiques fait l'objet d'une proposition soumise aux différents pays membres du GATT. Ces consultations commenceront aussi en Suisse et nous constatons que, sur ce point intéressant, nous sommes en harmonie avec les pays industrialisés et les pays en développement. S'agissant de votre troisième question sur la production de carburant à base d'huile de colza, les problèmes techniques sont en cours de résolution, des essais auront lieu afin d'utiliser le colza comme carburant; mais je ne puis pas vous donner un état plus actualisé de la situation que celui qui figure en page 357 du Rapport de gestion. En ce qui concerne certains problèmes techniques qu'il convient de résoudre, nous n'avons pas encore obtenu la solution complète. Monsieur Bühler, s'il eût été préférable de modifier la politique agricole seulement après la parution du 7e rapport sur l'agriculture, cela serait certes l'ordre normal. D'ailleurs, pour l'essentiel, c'est bien ce qui se passera. Cependant, nous avons été chassés par le temps dans la mesure où des situations intérieures - pensez aux céréales dont nous avons abondamment parlé cette semaine - et des circonstances extérieures - transformations des structures et des politiques agricoles dans les pays voisins et leur accélération - nous ont obligés à prendre quelques options de politique agricole nouvelle, et à ne pas devoir attendre la présentation du 7e rapport sur l'agriculture dans tous les domaines et de prendre quelque avance là où cela est temporellement nécessaire. Le rapport sur l'agriculture sera prospectif et conservera sa validité durant un grand nombre d'années. Pour préparer un rapport de cette trempe, de cette ambition et de cette perspective, il faut davantage de temps que nous ne l'avions imaginé. Nous le répétons, les mesures que nous avons dû prendre dans certains secteurs de l'agriculture, avant la présentation de ce rapport, vont dans le sens général de ce rapport et, par conséquent, ne risquent pas de nous placer bientôt devant des contradictions fraîchement créées. L'article 18 de la loi sur l'agriculture coiffe tout le chapitre économique. Il en est de même de l'article 29 de cette loi: salaires paritaires. L'article 18 précise que les conditions du marché doivent être prises en considération pour tous les articles suivants de la loi. Il y a donc une cohérence entre tout ce que nous avons fait et la couverture législative sous

laquelle nous agissons. Monsieur Wiederkehr, nous avons répondu à une motion Engler en novembre dernier et nous avons précisé que nous ne pouvions pas envisager de prendre unilatéralement des mesures visant à briser le contingentement des vins, sans affaiblir notre position de négociation à l'Uruguay-Round du GATT. Nous l'affirmions dans la perspective que l'Uruguay-Round se terminerait en décembre de l'année dernière. Or, cette perspective ne s'est pas réalisée, puisque le GATT continue les négociations et que celles-ci pourraient fort bien nous conduire à l'année prochaine. Il était donc indispensable que le Conseil fédéral change son fusil d'épaule. Il l'a fait en décidant de ne plus attendre l'achèvement du cycle de l'Uruguay-Round et d'aller de l'avant avec l'abolition du contingentement de vins. La solution actuellement à l'étude pour résoudre ce problème se fonde sur le principe en vigueur pour les vins rouges en bouteilles, à savoir: importations libres grevées d'un droit de douane supplémentaire à partir d'une certaine quantité restant à déterminer. Il est envisagé de fixer un droit de douane à l'importation, augmentée d'une surtaxe qui serait fixée de manière à exercer un frein aux importations excessives. Cette solution permettrait également de supprimer toute attribution de contingents individuels et, partant, de répondre à la critique populaire qui a été adressée sur ce point lors du vote concernant le vin. Nous ferons figurer cette solution, Monsieur le conseiller national, dans le statut du vin. Nous espérons que l'entrée en vigueur puisse avoir lieu le 1er janvier 1992, soit dans moins d'un an. Si de sérieuses difficultés surgissaient dans les négociations avec les pays au bénéfice de contingents bilatéraux - nous sommes engagés par de tels accords avec un certain nombre de pays fournisseurs - il pourrait s'ensuivre un léger décalage dans l'adaptation du statut du vin. Je ne le souhaite pas et j'aime à croire qu'il sera possible de parvenir, dans les délais, à abolir définitivement les contingents qui vous font mal et qui font mal à la majorité du peuple suisse. Monsieur Ruckstuhl, nous aurons l'occasion la semaine prochaine, si tant est que le Conseil fédéral puisse y répondre, de revenir plus en détail sur la question que vous posez quant à l'assouplissement de la mise en valeur du lait à partir notamment de ce cas de Scheunenbergr. Pour l'instant et pour aujourd'hui, il me suffira de vous dire que les dispositions relatives à la mise en valeur du lait, visent à limiter autant que possible, c'est logique et c'est humain, les charges du compte laitier, mais elles sont appliquées avec souplesse et essaient de tenir compte de l'évolution du marché. Cependant, le cas du lait de Scheunenbergr est un cas d'école; c'est un lait de non-ensilage, dont on fait les fromages à pâte dure, et notamment l'emmental, tandis que la raclette, elle, peut être produite avec du lait d'ensilage, dont une partie importante est actuellement transformée en beurre et en poudre de lait écrémé. C'est ce lait qu'il faut utiliser pour accroître la production de raclette, de façon à réduire la production de beurre et de poudre de lait écrémé qui coûte beaucoup plus cher au compte laitier que l'exportation des fromages d'Emmental. Sur ce point-là, même si la souplesse est au rendez-vous, comme je le souhaite dans tous ces domaines, nous devons bien constater que des règles d'économies nous poussent à recommander la formule qui a été choisie pour Scheunenbergr et à réserver la fourniture de lait de non-ensilage pour la fabrication de fromages à pâte dure. La détention de bétail et la protection des animaux a fait l'objet d'une intervention de M. Neuenschwander. A la fin de l'année courante, le délai transitoire pour l'adaptation des étables aux prescriptions de la protection des animaux arrivera à échéance. L'an dernier, l'Office vétérinaire fédéral a constaté que la réalisation des mesures à prendre était en retard et il a cherché les moyens de faire face à ce problème. Le 28 mars 1991, un rapport a été adopté par la Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture, car il est bien clair que le canton, en cette matière, joue un rôle capital dans l'application des dispositions relatives à

la protection des animaux et à la détention de bétail. Sur la base de ces travaux préparatoires, nous avons mis en chantier une révision de l'ordonnance sur la protection des animaux. Elle est actuellement en consultation auprès des offices. La consultation externe va suivre, elle est déjà en route, elle s'achèvera le 30 juin et l'entrée en vigueur de l'ordonnance modifiée devrait être envisagée au 1<sup>er</sup> octobre de cette année. Cette ordonnance contient des exceptions pour les étables de bétail laitier. On devrait renoncer à certaines adaptations architecturales dans un certain nombre de cas, par exemple étables dans les alpages, étables qui seront abandonnées très prochainement. Mais pour le reste, cette substantielle ordonnance va respecter les décisions du législateur et enjoindre à ceux à qui dix ans n'ont pas suffi d'accomplir les transformations qui doivent l'être. Monsieur Nussbaumer, en ce qui concerne le problème de la communauté partielle d'exploitation, nous disons que c'est une forme d'exploitation qui a été définie dans les ordonnances sur le contingentement du lait. Elle permet aux exploitants de collaborer au plan du travail, de rationaliser ainsi leur exploitation, notamment la production laitière. Les conditions qui sont posées à la reconnaissance de telles communautés partielles d'exploitation -je vous fais remarquer que la reconnais-

13. Juni 1991 1089 Geschäftsbericht des Bundesrates 1990 sance est de la compétence des cantons et non pas de la Confédération - sont précises, et elles comportent notamment rétablissement d'un contrat. Les communautés partielles ne peuvent pas être comparées à un fermage, car elles ne reposent que sur une collaboration au plan du travail. En l'occurrence, on ne peut donc pas parler d'une contradiction entre les deux législations. Certaines dispositions sont cependant comparables, c'est vrai, notamment le fait que les communautés ne peuvent se réaliser que si les exploitations concernées ne sont tout de même pas trop éloignées l'une de l'autre; un rayon de l'ordre de dix kilomètres est traditionnellement reconnu comme convenable. La possibilité donnée aux paysans de rationaliser leurs exploitations en formant une communauté ne saurait remettre en question le prix du lait. Elle leur permet toutefois d'abaisser leur coût de production et d'être mieux à même de faire face aux défis auxquels ils sont confrontés. L'Office fédéral de l'agriculture prendra prochainement contact avec les cantons pour examiner avec eux les expériences qui ont été faites durant la première année d'application de cette législation et on verra, à ce moment-là, s'il y a lieu de modifier sur tel ou tel point la législation, voire la réglementation. Je dirai que cette mesure qui ne conduit pas à une augmentation de la production de lait nous paraît avoir eu de bons effets et convenir à ce statut que nous persistons à souhaiter aussi flexible que possible. C'est d'ailleurs le terme essentiel que je voudrais que nous utilisions, vous et nous, Monsieur Nussbaumer, celui de flexibilité, et nous devons tout faire pour obtenir davantage de flexibilité et moins de rigidité bétonnée, il y en a déjà bien assez! J'en arrive enfin à la question posée par M. Schwab. Tout d'abord le problème du contenu du Rapport de gestion. On peut en discuter à perte de vue. Le Rapport de gestion passe par un mouvement cyclique d'engraissement et d'amaigrissement successifs. Une année, il est beaucoup trop riche, beaucoup trop lourd en documents sur des points de détail, alors on l'épure. L'année suivante, il y manque un certain nombre de tableaux pourtant indispensables à la compréhension des problèmes. Les renseignements comparatifs que vous souhaitez entre les systèmes agraires des pays de la Communauté et de la Suisse pourront probablement être introduits, en très petit nombre, dans le prochain Rapport de gestion, ce qui apportera une réponse à la question que vous vous posez. Je pense toutefois que l'essentiel de ces éléments doit plutôt figurer dans des rapports ad hoc consacrés à l'agriculture, où il est possible de s'étendre de manière plus spécifique que dans

un Rapport de gestion de caractère plus général. S'agissant des matières renouvelables, nous avons déclaré, en début de semaine, que nous étions en pleine phase d'études approfondies. Les experts s'en donnent à cœur joie, qu'il s'agisse du colza, du blé ou de l'herbe. Il est important de considérer objectivement tous les aspects du problème: production agricole, protection de l'environnement, aspects économiques et aspects financiers de l'opération, avant de prendre une décision ou d'émettre un avis définitif. C'est à cette honnêteté intellectuelle que j'en appelle. Il est encore trop tôt pour délivrer des bulletins péremptoires, d'un côté ou de l'autre, à ce sujet. Les essais, entre autres à l'échelle 1:1, doivent être poussés plus avant -je songe en particulier à l'essai fort intéressant auquel la ville de Zurich va procéder très bientôt, avec 5 autobus équipés de biodiesel qui seront testés pendant une année. Je signale également les travaux extrêmement intéressants que la station de recherche de Tänikon est chargée d'effectuer sous notre responsabilité. Je signale d'ailleurs que le biodiesel n'est pas seul en cause. De nombreuses autres utilisations sont possibles: éthanol, matériel d'emballage, biogaz, sur lesquels des études sont en cours. Je remarque que l'Autriche a dépassé le stade des essais et qu'elle va produire, l'année prochaine, 10 000 tonnes de RME (rapsméthylester), ce qui démontre qu'elle a une certaine avance sur la Suisse dans ce domaine. En conclusion, vous avez raison, Monsieur Schwab, de relever que nous avons un peu manqué d'agressivité dans notre publicité. Encore une fois, nous voulions respecter plusieurs avis qui divergent peut-être des nôtres, et ce n'est que lorsque nous aurons suffisamment de certitude et que nous aurons atteint un niveau nous permettant de passer des essais à l'application directe que nous vous renseignerons très largement sur cette matière.

Genehmigt-Approuvé Abschreibung - Classement Antrag des Bundesrates Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Seite 86 der Beilage zum Bericht Proposition du Conseil fédéral Classifier les interventions parlementaires selon la page 83 de l'annexe du rapport Angenommen -Adopté Justiz- und Polizeidepartement Département de justice et police M. Couchepin, rapporteur: La sous-section de la Commission de gestion chargée de suivre le Département de justice et police a porté son effort principal sur l'application des motions et postulats de la Commission d'enquête parlementaire 1. Nous avons aussi abordé un certain nombre de problèmes annexes évoqués dans le rapport de la Commission d'enquête mais qui n'ont pas été concrétisés dans une des motions, postulats ou recommandations de cette commission. Il n'y a pas lieu pour l'instant de faire part de nos conclusions. Nous sommes en pleine procédure et nos conclusions devraient faire l'objet d'un rapport intermédiaire que nous discuterons au mois de septembre, et d'un rapport définitif en automne avec notre appréciation politique. Pour l'instant, nous avons entendu notamment le procureur de la Confédération et plusieurs de ses collaborateurs. Nous avons eu plusieurs entretiens avec le chef du Département de justice et police, à qui nous avons notamment demandé quelles étaient ses intentions. Suivons la procédure de réorganisation du ministère public, sur la base du rapport Basis et de l'expertise demandée par le Conseil fédéral, afin de fonder son évaluation de la situation. Une réorganisation n'est pas encore définitivement déterminée par le Conseil fédéral, elle est en route, nous la suivrons, et nous donnerons notre appréciation définitive dans le rapport qui paraîtra en automne. Contacts aussi avec le délégué aux fiches, M. Gut. La liquidation du problème des fiches avance et à la fin de l'année tous les intéressés devraient avoir pu prendre connaissance des fiches les concernant. Reste encore le problème des dossiers, dont la consultation est prévue par l'ordonnance du Conseil fédéral. Cela pose des problèmes pratiques, car si l'on fait le compte du temps qu'il faudrait passer à consulter les dossiers selon la procédure prévue par l'ordonnance du Conseil fédéral, on

arrive à des chiffres d'hommes/années de travail si impressionnants qu'on risquerait d'aborder la fin du siècle sans avoir liquidé la totalité de la consultation des dossiers. Ce n'est pas possible, il faut trouver d'autres solutions. Nous pensons que la responsabilité primaire d'une solution incombe au Conseil fédéral. Nous sommes ouverts à toute solution dont nous pourrions discuter avec le Conseil fédéral, et, le cas échéant, suppléera la responsabilité primaire du Conseil fédéral. Ces travaux se font suivant la philosophie dite «philosophie de la Commission de gestion» qui soulève l'enthousiasme de cette assemblée. Cette philosophie n'est pas inquisitoriale, elle est basée sur la confiance à l'égard du partenaire, sur un dialogue ouvert et franc, fondé sur la vérité et la conviction que le partenaire auquel nous nous adressons nous dit la vérité. Il n'y a donc pas de volonté d'aller au-delà de ce qui est affirmé, il y a simplement lieu d'en prendre connaissance et, sauf en cas de doute, de ne pas chercher à trouver des contradictions entre les affirmations et les déclarations des chefs responsables qui nous donnent l'information et ce qui se passerait en

Gestion du Conseil fédéral 1990 1090 N 13 juin 1991 réalité à l'échelon inférieur. En règle générale, nous nous en tenons aux contacts avec les chefs responsables de l'administration et, naturellement, plus spécifiquement avec M. Koller, conseiller fédéral. Pour ce qui concerne les délais, je le répète, nous projetons de présenter un rapport complet avant la fin de la législature, de telle sorte qu'il puisse être discuté lors de la session de décembre des Chambres fédérales, à laquelle la plupart d'entre nous participeront fort heureusement, j'espère. M. Friderici: C'est avec un certain étonnement que le groupe libéral a pris connaissance de la décision du Conseil fédéral, le premier jour de la présente session, d'abaisser les vitesses sur certains tronçons d'autoroutes. Il est bien évident que cette décision ne concerne nullement la gestion du Conseil fédéral pour l'année 1990. Cependant, nous lisons en page 204 du rapport établi par le Département de justice et police que, après le rejet de l'initiative populaire «Pro vitesse 130/100», le Conseil fédéral a définitivement inscrit dans l'ordonnance sur les règles de la circulation routière, à partir du 1<sup>er</sup> janvier, les limitations générales de vitesse à 120 kilomètres/heure sur les autoroutes et à 80 kilomètres/heure sur les routes hors des localités. Monsieur le Conseiller fédéral, en qualité de chef du Département de justice et police, vous aviez pris personnellement l'engagement, durant la période précédant la votation évoquée ci-dessus, de ne pas réduire ultérieurement les vitesses sur les routes et les autoroutes. Au contraire, vous aviez laissé entendre que les cantons qui désireraient augmenter les vitesses sur certains tronçons de routes particulièrement bien adaptés pourraient obtenir des dérogations, sans préciser toutefois le genre de chaussée auquel seraient réservées de telles dérogations. Une fois connus les résultats du scrutin, vous avez limité les possibilités aux seules zones urbaines. Depuis lors, sous le couvert d'une prétendue détérioration de la qualité de l'air, vous avez pris la décision d'abaisser les vitesses sur les autoroutes lorsque les cantons le demanderaient. Vous me permettez de citer ici un passage d'un livre écrit par un ancien secrétaire d'Etat français aux risques majeurs, sous le gouvernement socialiste d'ailleurs, M. Haroun Tazieff, qui est extrêmement sensible aux problèmes planétaires et spécialement à ceux de la protection de l'environnement: «Entre les extrémistes des deux bords qui, comme tous les extrémistes, sont moins nombreux qu'influents, se trouvent la plupart des citoyens, tant ceux qui s'inquiètent que ceux qui s'en moquent. Parmi ceux qui s'inquiètent et ont raison de le faire, certains s'efforcent de cerner la réalité des menaces. D'autres, soucieux de l'excès de sensibiliser l'opinion, exagèrent ces dernières et assombrissent comme à plaisir un tableau attristant. Ce faisant, ils affaiblissent la cause qui leur tient à coeur, même si des succès momentanés peuvent faire croire le contraire. Gagner des batailles n'a jamais

signifié gagner une guerre. L'histoire le montre, d'Hannibal à Hitler, en passant par Napoléon. Et dans la guerre entreprise depuis un tiers de siècle pour sauver une nature agressée, guerre plutôt mal conduite jusqu'ici, il conviendrait d'élaborer une stratégie et de la mettre en oeuvre de façon intelligente». Le Conseil fédéral s'était déjà particulièrement illustré, lors du célèbre débat sur la mort des forêts et sur les mesures qu'il avait alors préconisées pour y remédier. Aujourd'hui encore, il se discrédite et vise, par la cible choisie, une catégorie de citoyens jusqu'ici particulièrement dociles, les automobilistes. La mesure que votre collègue gouvernemental a décidée, mais dont vous assumez la responsabilité en qualité de chef de département, ne servira à rien. En effet, les mesures effectuées par le Laboratoire fédéral d'essais des matériaux et l'Ecole d'ingénieurs de Bienne prouvent que la réduction des vitesses peut parfois avoir des effets néfastes sur la production d'ozone. Bien plus qu'une réduction des vitesses, dont le but visé est aléatoire, il conviendrait que votre département suggère la suppression des points noirs sur les réseaux des routes nationales, qui génèrent des encombrements sur les routes et qui multiplient les risques d'accidents, engendrant eux-mêmes des blessés et des morts. Au lieu de freiner la circulation, la simple logique voudrait que l'on fluidifie le trafic en construisant par exemple la seconde galerie du tunnel du Saint-Gothard ou la troisième piste sur la N 1, entre Berne et Zurich. Une telle décision augmenterait, premièrement, la sécurité routière et serait efficace pour l'assainissement de l'air. Un journal genevois ne «gorillait-il» pas la prise de décision du Conseil fédéral en prétendant que celui-ci avait acquis sa conviction en apprenant à fumer les cigares offerts par le chef du Département militaire fédéral, à petites bouffées, au lieu de le faire à grandes tirées! Le groupe libéral connaît déjà la réponse que vous lui adresserez. Les cantons, et spécialement celui d'Uri, ont réclamé une telle mesure. A cette réponse, il nous serait facile de répliquer aussi le faisons-nous déjà- que le canton d'Uri tout spécialement, mais également le Département militaire fédéral pourraient prendre des mesures autrement plus efficaces sur le plan de l'hygiène de l'air en exigeant qu'un industriel uranais, • par ailleurs ancien membre du Grand Conseil de ce canton, ainsi que la Fabrique fédérale de munitions changent leurs installations de chauffage qui fonctionnent encore au mazout lourd, autrement plus polluant qu'une colonne de voitures catalysées dépassant une prétendue avalanche de poids lourds, que ces derniers répondent aux normes suisses ou à celles, plus laxistes, de l'Europe communautaire. Si une telle disposition n'était pas démobilisatrice pour le peuple qui en comprend la futilité, elle ferait sourire, comme a fait rire sous cape la prescription interdisant dès le 1<sup>er</sup> janvier de cette année les feux de jardins. Les juristes de la couronne, emportés par le zèle de certains fonctionnaires de l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage, ignorent qu'un mètre cube de matière organique, en brûlant, dégage ni plus ni moins de CO<sub>2</sub> que le même mètre cube de la même matière en se compostant. Monsieur le Conseiller fédéral, la mesure que vous avez prise le lundi 3 juin aura certainement un effet «contre-productif» envers la population de notre pays qui, lassée d'entendre sans raison crier au loup, ne se mobilisera plus lorsque les problèmes majeurs nécessiteront une intervention. A ce titre, je cite à nouveau Haroun Tazieff, sceptique sur un certain nombre de dangers auxquels il ne croit pas et dont vous invoquez le péril pour satisfaire les fantasmes de quelques fonctionnaires: «Cet effet de serre auquel je ne crois pas plus qu'au péril que représenterait l'extension du trou d'ozone antarctique, pas plus non plus qu'à l'apparition d'autres trous d'ozone au-dessus de nos précieuses têtes occidentales. L'effet de serre me semble tout simplement impossible parce qu'est erroné selon moi le raisonnement qui a permis cette hypothèse nouveau-née.» Le groupe libéral aurait pu présenter cette intervention lors du débat consacré au Département

fédéral de l'intérieur, car il a constaté durant les derniers mois que les analyses du Laboratoire fédéral d'essais des matériaux et d'autres organismes scientifiques dépendant directement ou indirectement de la Confédération sont en contradiction avec les théories avancées par quelques ayatollas du très important Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage. A l'intérieur même de cet office, les tensions sont grandes et les avis partagés entre les intégristes et les pragmatiques. Le groupe libéral vous invite donc, Monsieur le Conseiller fédéral, à consacrer à l'avenir, avec vos collègues du gouvernement, une part accrue de vos forces de travail et de conviction à la résolution des problèmes essentiels de ce pays. Müller-Meilen: Ich habe vor einem Jahr anlässlich der Diskussion über das Bundesamt für Polizeiwesen auf das unerfreuliche Phänomen Tempoanarchie auf den schweizerischen Autobahnen hingewiesen und den Bundesrat daran erinnert, dass für die Verkehrssicherheit die Einhaltung der von ihm beschlossenen Limiten von 80/120 km/h von grösstem Gewicht ist. Herr Bundesrat Cotti hat damals in Vertretung von Herrn Bundesrat Koller den höchst unbefriedigenden Zustand bestätigt und systematische und seriöse Kontrollen durch die Kantone in Aussicht gestellt. Er hat auch darauf hingewiesen, dass es in jenen Ländern rasch zu einer Beruhigung gekommen ist, die strenge Sanktionen gegen die Sünder kennen. Der Zustand auf den schweizerischen Autobahnen hat sich

13. Juni 1991 N 1091 Geschäftsbericht des Bundesrates 1990 seither überhaupt nicht gebessert. Es gibt noch sehr viele Autofahrer, die mit Tempo 130 -ja 150 und 160! - umherfahren und die Sicherheit gefährden. Auch Lastwagen und Cars überschreiten die Limiten serienweise. Bevor überhaupt an eine weitere Senkung gedacht wird, sollten meines Erachtens die heutigen Limiten durchgesetzt werden. Das wäre als Massnahme auch gegen den Sommer-smog und für die Verkehrssicherheit viel wichtiger als die halberzige Massnahme des Bundesrates. Was hat der Bundesrat seit dem letzten Juni unternommen, um die Kantone zu einer strengen Durchsetzung der bestehenden Tempolimiten anzuhalten? Zu einem weiteren Punkt: Mit dem Entscheid, den Kantonen auf gewissen Teilstrecken des Nationalstrassennetzes die Einführung von Tempo 100 für Personenwagen und 70 für Lastwagen zu erlauben, erhöht der Bundesrat das Tempochaos auf den schweizerischen Autobahnen. Vor allem aber gerät er in diametralen Widerspruch zu seinen bisherigen Stellungen. Am 17. Mai 1989 beantwortete der Bundesrat eine von mir eingereichte Interpellation wegen des Sommersmogs u. a. mit den folgenden Sätzen: «Aufgrund einer detaillierten Analyse der Probleme und der heute dazu vorhandenen wissenschaftlichen Unterlagen kommt die Eidgenössische Kommission für Lufthygiene, EKL, zum Schluss, dass das Problem der erhöhten Ozonbelastung bei Sommersmog - im Gegensatz zum Wintersmog - nicht mit vereinzelt, lokal angeordneten und vorübergehenden Sofortmassnahmen gelöst werden kann. Vielmehr bedarf es dazu einer gesamtschweizerischen und dauerhaften Absenkung der Emissionen der verantwortlichen Vorläuferschadstoffe Stickoxide und Kohlenwasserstoffe in einer Grössenordnung, die mindestens der im Luftreinhalte-Konzept vorgegebenen Reduktion entspricht. Es ist offensichtlich, dass dies nicht kurzfristig, sondern nur mit mittelfristigen, aber dauerhaft wirksamen Massnahmen erreicht werden kann. Bei der Lösung des Ozonproblems kommt also dem Vollzug der LRV sowie dem Erreichen der Ziele des Luftreinhalte-Konzeptes eine herausragende Bedeutung zu.» Nun die Schlussfolgerung des Bundesrates: «Gestützt auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeiten der EKL empfiehlt der Bundesrat den Kantonen, im Falle des Sommersmogs von räumlich und zeitlich begrenzten Warn- und Interventionskonzepten abzusehen. Diese vermögen weder die Gesamtozonbelastung im Sommerhalbjahr noch jene während den jeweils

grösserräumig auftretenden Sommersmog-episoden spürbar zu vermindern.» Bis hier das Zitat aus der Interpellationsantwort des Bundesrates. Ich glaube, ein Kommentar zu diesen Sätzen in der Antwort des Bundesrates ist überflüssig. Aber es würde mich nun doch interessieren, mit welchen Argumenten der Bundesrat seine Kehrtwendung in der Tempofrage begründen will. Es scheint mir, solche Zickzack-Beschlüsse tragen nicht zur Glaubwürdigkeit bei. Aber auch in bezug auf die Tempoanarchie auf den schweizerischen Autobahnen scheint mir der Entschluss unglücklich. Thür: Ich beantrage Ihnen, das Postulat 89.666 «Revision des Raumplanungsgesetzes» nicht abzuschreiben. Auf Seite 231 des Geschäftsberichtes des Bundesrates finden Sie eine Reihe von Vorstössen zum Thema Raumplanung, die weniger als vier Jahre alt sind und dennoch zur Abschreibung empfohlen werden. Es sind Vorstösse, die eine Revision des Raumplanungsgesetzes zum Gegenstand haben. In der Begründung schreibt der Bundesrat, dass sich aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses eine Revision des Raumplanungsgesetzes nicht aufdränge beziehungsweise eine solche Revision nicht weiterverfolgt werde, weshalb auch diese Vorstösse nun zur Abschreibung empfohlen würden. Ich habe Mühe mit dieser Argumentation. Es ist richtig, dass das Vernehmlassungsverfahren sehr widersprüchliche Ergebnisse gebracht hat. Aber wir haben in der Märzsession auch feststellen können, dass von seiten des Ständerates - ich erinnere an den Vorstoss Zimmerli - dennoch die Absicht besteht, das Raumplanungsgesetz in bestimmten Bereichen zu revidieren. Herr Zimmerli will den Artikel 24 des Raumplanungsgesetzes aufweichen, indem er ausserhalb des Baugebietes zusätzliche Ausnahmen zulassen will. Dieser Vorstoss wurde im Ständerat überwiesen und wird demnächst in unseren Rat kommen, und es ist zu befürchten, dass eine Ueberweisung auch in unserem Rat erfolgen wird. In dieser Situation will man nun Vorstösse abschreiben, die in eine andere Richtung zielen, die das Raumplanungsgesetz in eine andere Richtung revidieren wollen. Ich habe Mühe mit dieser politischen Festlegung. Worum geht es in meinem Vorstoss? Ich schlage vor, dass man bei der Revision des Raumplanungsgesetzes die landwirtschaftlichen Vorrangflächen und die ökologischen Ausgleichsflächen in ihrem Mindestumfang umschreibt und dass man zugleich das Siedlungsgebiet begrenzt. Dieser Vorstoss wurde am 3. Oktober 1988 als Postulat überwiesen. Eine fast gleiche Anzahl wollte diesen Vorstoss sogar als Motion überweisen. Das Abstimmungsergebnis war 48 zu 38 Stimmen. Damals hat der Bundesrat in seiner Antwort festgehalten, man werde - um die Ziele der Raumplanung zu verwirklichen und die Nutzungsvielfalt langfristig zu sichern - nicht darum herumkommen, Massnahmen zu prüfen, wie sie der Motionär vorschläge. Ich sehe nicht ein, weshalb nach zwei Jahren die Realität anders sein soll. Aus diesem Grund möchte ich an meinem Vorstoss festhalten, um so mehr, als die Begründung des Bundesrates nicht stichhaltig ist, weil die Revision des Raumplanungsgesetzes ohnehin auf uns zukommen wird, auch wenn es im Vernehmlassungsverfahren den Anschein macht, als ob keine Mehrheit hinter dieses Reformvorhaben zu bringen ist. Wenn wir nun eine Reihe von Vorstössen abschreiben, die ausgesprochen dringliche Probleme lösen wollen, setzen wir ein falsches Signal. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diesen Vorstoss aufrechtzuerhalten. Bundesrat Koller: Da über die Frage der Nachkontrolle im Bereich der Parlamentarischen Untersuchungskommission in meinem Departement separat Bericht erstattet wird, ist es angesichts der fortgeschrittenen Zeit zweckmässig, diese Fragen mit den anderen zu debattieren. Ich halte hier lediglich fest, dass - wie Ihr Sektionspräsident das dargestellt hat - die Ficheneinsicht planmässig vorangeht. Wir können heute davon ausgehen, dass bis Ende Oktober alle natürlichen Personen ihre Fichenkopien erhalten haben und dass bis

Ende Jahr auch die juristischen Personen und Organisationen behandelt sein werden. Es bleibt noch das schwierige Problem der Dossiereinsicht: Wie ich bereits einmal angekündigt habe, ist die Arbeitsgruppe, die sich intensiv mit diesem Problem befasst hat, zum Schluss gekommen, dass - wenn wir die Dossiereinsicht nach den gleichen Prinzipien durchführen würden wie die Ficheneinsicht - es einen unverhältnismässigen Aufwand von rund 50 Millionen Franken und etwa 110 Mannjahren zur Folge haben würde. Deshalb sind wir zurzeit daran, Alternativlösungen zu erarbeiten, und ich hoffe, es gelinge uns auch, in einem konstruktiven Dialog mit Ihrer Geschäftsprüfungskommission eine Lösung zu finden. Es steht auch noch offen, in welcher Rechtsform das schlussendlich geschehen soll, ob allenfalls sogar ein Bundesbeschluss nötig sein wird, der natürlich dem Parlament unterbreitet werden müsste. Alle diese Fragen werden zurzeit untersucht. Damit komme ich zur Beantwortung der Fragen. Ich kann die Fragen von Herrn Friderici und Herrn Müller wenigstens teilweise miteinander beantworten. Gegenüber Herrn Friderici betone ich, dass auch während dieses zweimonatigen Versuchs zur Bekämpfung der Smogprobleme in unserem Land die allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten 120/80, wie sie in der Verkehrsregelnverordnung festgehalten sind, die Grundregel bleiben. Es kann keine Rede davon sein - wie in der öffentlichen Diskussion der Eindruck erweckt worden ist -, dass der Bundesrat nun neue, allgemeingültige Höchstlimite in unserem Land festlegen möchte. Es handelt sich hier um einen zeitlich und sachlich ganz klar beschränkten Versuch mit dem Ziel, die Smogbekämpfung in unserem Land intensiver anzupacken. In diesem Zusammenhang darf ich auch Herrn Nationalrat Müller-Meilen gegenüber betonen, dass sich die neue Ent-

Gestion du Conseil fédéral 1990 1092 N 13 juin 1991 Scheidsituation für den Bundesrat aufgrund des zusätzlichen Berichts von Elektrowatt ergab, den wir im Monat April erhalten haben. Dieser Bericht ergab eindeutig, dass die tageweisen Sofortmassnahmen, die auch zur Diskussion standen, nichts bewirken würden. Das war das negative Resultat. Ganz klar ergibt sich sodann aus diesem Bericht, dass das Grundproblem der Smogbekämpfung im Rahmen des Luftreinhalte-Konzepts realisiert und gelöst werden muss. Aber wir mussten feststellen, und Sie wissen das auch, dass wir diese Ziele erst in den Jahren 1997, 1998 realisieren können, selbst wenn wir das ganze Programm bei Bund und Kantonen durchziehen. Angesichts dieser Lage und der Ernsthaftigkeit des Smogproblems sah sich der Bundesrat vor die Frage gestellt, ob nicht zusätzliche Ueberbrückungsmassnahmen notwendig würden. Hier gab der Bericht von Elektrowatt einen sehr wertvollen Fingerzeig, indem er darlegt, dass mit saisonalen Massnahmen das Smogproblem zwar nicht gelöst werden kann, dass Massnahmen, wie wir sie jetzt in Aussicht nehmen, aber doch geeignet sind, einen Beitrag zur Linderung des Smogproblems zu leisten. Diesbezüglich muss ich die Vorwürfe von Herrn Friderici ganz entschieden zurückweisen. Herr Friderici, wenn Sie den Eindruck erwecken wollen, das Smogproblem sei nur eine Angelegenheit von übereifrigen Beamten, muss Ihnen hier der Bundesrat ganz klar widersprechen. Sie wissen, dass wir letztes Jahr über lange Zeit hinweg an sehr vielen Orten in der Schweiz Ozonwerte hatten, die weit über dem Ozongrenzwert von 120 Mikrogramm pro Kubikmeter lagen. Sie betrogen im Tessin, wenn ich mich richtig erinnere, über 200 Mikrogramm - ebenso in vielen anderen Regionen. Sie wissen auch, dass die zuständigen Behörden im letzten Sommer ganz konkrete Anweisungen gegeben haben, am Abend beispielsweise die Fenster zu schliessen oder keinen Sport mehr zu betreiben. Es geht nicht an, dass man dieses ernsthafte Smogproblem als eine Nebensache, als eine Angelegenheit von übereifrigen Beamten hinstellt. Diese Lageanalyse einerseits -

immerhin von einem Institut, dessen Glaubwürdigkeit auf diesem Gebiete niemand von Ihnen in Frage stellt - und die Erfahrungen des letzten Jahres andererseits waren der Hintergrund für den Grundsatzentscheid, den der Bundesrat zu Beginn dieser Session getroffen hat. Im übrigen bin ich überzeugt, dass die wissenschaftliche Begleitung dieser Massnahme auch geeignet sein wird, mehr Klarheit in diesen Expertenstreit zu bringen. Was die Durchsetzung der geltenden Tempolimiten und auch der neuen Tempolimiten anbelangt (eine weitere Frage von Herrn Nationalrat Müller-Meilen), darf ich Sie daran erinnern, dass der Bundesrat im Zusammenhang mit den Beschlüssen, die wir im Frühling dieses Jahres getroffen haben, an alle Kantone gelangt ist mit der Aufforderung, die geltenden Tempolimiten konsequent durchzusetzen. Diesbezüglich haben wir jetzt auch positive Reaktionen von seiten der Kantone. Sie wissen, dass beispielsweise die Innerschweizer Kantone auf dem Gebiet der Durchsetzung der Tempolimiten ganz neue Massnahmen getroffen haben; sie machen viel intensivere Tempokontrollen. Das war mit ein Grund, weshalb sich der Bundesrat entschieden hat, diesen Versuch während der Monate Juli und August in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen durchzuführen. Bei jenen Kantonen, die uns Anträge auf Temporeduktionen eingereicht haben, die bereit waren und sogar primär die Initiative ergriffen haben, dürfen wir davon ausgehen, dass sie auch bereit sind, diese reduzierten Tempolimiten während dieser beiden Monate intensiv durchzusetzen. Insofern sind für den Bundesrat die nötigen Voraussetzungen geschaffen, und wir haben von Anfang an erklärt, dass wir diesen Versuch nur in jenen Kantonen durchführen, die bereit sind, mitzuwirken. Kantone, die das ganz ablehnen, beziehen wir in diesen Versuch nicht mit ein. Ich darf festhalten, dass sich jetzt auch einige welsche Kantone zu einem solchen Versuch bereit erklärt haben und dass wir in diesem Punkt glücklicherweise nicht einmal mehr den berüchtigten «Röstigraben» haben. In bezug auf das Postulat von Herrn Nationalrat Thür betreffend das Raumplanungsgesetz: Herr Thür, Sie kennen die Position des Bundesrates. Wir sind der Meinung, dass es nach dem katastrophalen Ausgang des Vernehmlassungsverfahrens in bezug auf eine Raumplanungsgesetzrevision keinen Sinn ergibt, jetzt mit einer neuen Revision zu kommen. Wir sind auf die Opposition praktisch aller Kantone gestossen. Bei den Parteien gingen die Meinungen im bezug auf den Inhalt einer Revision vollständig auseinander. An dieser Position ändert auch nichts, dass der Ständerat die Motion Zimmerli überwiesen hat. Wir werden auch in diesem Rat diese Motion bekämpfen. Es ist also an Ihnen, der Richtung, die der Bundesrat einschlägt, zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sind aufgrund dieses Vernehmlassungsverfahrens überzeugt, dass es nicht in erster Linie darum gehen kann, dieses Raumplanungsgesetz schon wieder zu revidieren, sondern wir müssen es besser anwenden; und deshalb wollen wir mit den Kantonen zusammen ein Vollzugsförderungsprogramm realisieren. Das war auch der Hintergrund. Der ist für den Bundesrat unverändert; deshalb beantragen wir die Abschreibung dieses Postulats.

Genehmigt - Approuvé  
Abschreibung - Classement  
Antrag des Bundesrates  
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Seite 85 der Beilage zum Bericht  
Antrag Thür  
Das Postulat 89.666 ist nicht abzuschreiben  
Proposition du Conseil fédéral  
Classer les interventions parlementaires selon la page 82 de l'annexe du rapport  
Proposition Thür  
Ne pas classer le postulat 89.666  
Abstimmung - Vote  
Für den Antrag des Bundesrates  
40 Stimmen  
Für den Antrag Thür  
31 Stimmen  
Bundesbeschluss - Arrêté fédéral  
Eintreten ist obligatorisch  
L'entrée en matière est acquise de plein droit  
Detailberatung - Discussion par articles  
Titel und Ingress, Art. 1,2  
Antrag der Kommission  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
Titre et préambule, art. 1,2  
Proposition de la commission  
Adhérer à la décision

du Conseil des Etats Angenommen -Adopté Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble Für  
Annahme des Entwurfes 73 Stimmen Dagegen 2 Stimmen An den Bundesrat-Au Conseil  
fédéral

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses,  
Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali  
digitali Geschäftsbericht des Bundesrates, des Bundesgerichtes und des Eidgenössischen  
Versicherungsgerichtes 1990 Gestion du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral et du Tribunal  
fédéral des assurances 1990 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin  
officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1991  
Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été  
Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio  
nazionale Sitzung 09 Séance Seduta Geschäftsnummer 91.018 Numéro d'objet Numero  
dell'oggetto Datum 13.06.1991 - 08:00 Date Data Seite 1067-1092 Page Pagina Ref. No 20  
019 980 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin  
der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de  
l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino  
ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte  
Originaltext. Quellen-URL siehe oben.